

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

HENRY A. KISSINGER

Gedanken über die amerikanische Diplomatie

Mit Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir im folgenden den Beitrag von Henry A. Kissinger, erschienen in der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ (Oktober 1956).

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist zweifellos in eine Sackgasse geraten. Seit einigen Jahren sind wir auf der Suche nach einer Konzeption, die es uns ermöglicht, mit der Verlagerung des Kalten Krieges von der Errichtung von Verteidigungsschranken auf einen Kampf um die Gefolgschaft fertig zu werden. Aber die neue sowjetische Taktik hat zusammen mit der Zunahme der Vernichtungskraft der neuen Waffen zu einer Krise in unserem Bündnisystem und beträchtlichen Gewinnen der Sowjetunion bei den Völkern geführt, die keinem der Machtblöcke angehören.

Es wäre jedoch falsch, unsere Schwierigkeiten diesem oder jenem politischen Fehler zuzuschreiben oder einer bestimmten Regierung zur Last zu

legen, obschon die jetzige mit ihrem „Normalitäts“-Anspruch die Probleme nicht verringert hat. Es trifft zu, daß unsere Politik wegen unserer Vorliebe für happy-ends in eine Sackgasse geraten ist. Die sowjetischen Führer haben die Verhandlungen zu ihrem Vorteil ausschlagen können, weil wir auch weiterhin an veralteten Vorstellungen geklebt haben. Wie in allen Tragödien, sind ein großer Teil unserer Probleme trotz unserer guten Absichten entstanden und sind nicht durch unsere schlechten, sondern unsere besten Eigenschaften verursacht worden. Was deshalb zur Diskussion steht, ist nicht eine Politik, sondern eine Haltung. Dieser Artikel wird versuchen, sich mit dieser Haltung und ihren Folgen für unsere Verhandlungsführung und Bündnispolitik auseinanderzusetzen.

„aktiv“, wenn es nicht erfahrungs„bedingt“ ist. Das ist die Ursache für den fehlenden Dogmatismus und für die Ungezwungenheit der sozialen Beziehungen im Lande selbst. Aber die Folgen für die Führung der Außenpolitik sind verderblich. Außenpolitik ist die Kunst, Wahrscheinlichkeiten gegeneinander abzuwägen. Die Meisterschaft besteht darin, die Möglichkeitsnuancen zu erfassen. Der Versuch, Politik wie eine Wissenschaft zu betreiben, muß zur Erstarrung führen; denn nur die Risiken sind gewiß, die günstigen Gelegenheiten sind mutmaßlich. Die Auswirkungen der Ereignisse lassen sich

Methodologische Zweifel

Es ist begreiflich, daß eine Nation, die ein- einhalb Jahrhunderte mit der Ordnung ihrer innenpolitischen Angelegenheiten beschäftigt gewesen ist, dann versucht, das innenpolitische Schema auch auf die Außenpolitik anzuwenden. Aber gerade der Erfolg des amerikanischen Experimentes und das spontane Wachstum seiner Sozialstruktur haben jenes Dilemma, dem sich jedes Land zuzeiten gegenüber sieht, verdeutlicht: Nämlich die Vorstellung, die es von sich selber hat, mit der zu versöhnen, die andere Länder von ihm haben. Eine Nation empfindet sich selbst als einen Ausdruck der Gerechtigkeit, und je spontaner die Sozialstruktur gewachsen ist, desto mehr trifft dies zu. Denn eine Regierung funktioniert nur wirksam, wenn die Mehrzahl der Bürger freiwillig gehorcht, und sie wird nur soweit gehorchen, wie sie die Forderungen ihrer Regierung für gerecht hält. Für andere Nationen jedoch ist der Staat eine Kraft, gegen die zwangsläufig ein Gegengewicht geschaffen werden muß. Denn die strategische Planung

eines Landes muß nicht nur in Rechnung stellen, was die Gegenseite beabsichtigt, sondern wessen sie fähig ist. Jede Außenpolitik trägt eine zweifache Norm in sich: Im Lande selbst dienen die selbst entwickelten absoluten Normen als innerstaatliche Rechtsbasis der Außenpolitik. Jenseits der Grenzen aber wird das, was im eigenen Lande außenpolitisch für recht gilt, zu einem Programm, das auf dem Verhandlungswege Kompromissen unterworfen werden kann. Wenn Institutionen und Wertbegriffe der Staaten bezüglich der internationalen Ordnung ungefähr übereinstimmen, dann tritt diese Nicht-Vergleichbarkeit möglicherweise nicht in Erscheinung. In einer revolutionären Periode, wie in der gegenwärtigen, beeinträchtigt sie die Beziehungen zwischen den Staaten erheblich.

Unsere Einstellung zur Außenpolitik wird in erster Linie vom amerikanischen Empirismus und seiner Forderung nach methodologischer Gewißheit bestimmt: Nichts ist „wahr“, wenn es nicht „objektiv“ ist, und es ist nicht „objek-

nicht „sicher“ voraussagen, bis die Ereignisse eingetreten sind, und wenn sie eingetreten sind, ist es zum Eingreifen zu spät. Empirismus in der Außenpolitik führt zur Vorliebe für ad hoc-Lösungen. Ihre anti-dogmatische Einstellung verleitet unsere politischen Führer dazu, die Bindung des eigenen Landes bis nach den vollzogenen Tatsachen hinauszuschieben. Nach den vollzogenen Tatsachen aber hat sich gewöhnlich schon eine Krise entwickelt oder ist eine Gelegenheit verpaßt worden. Unsere Politik ist deshalb darauf eingestellt, sich mit krisenhaften Situationen zu befassen. Es fällt ihr schwer, ein langfristiges Programm aufzustellen, das diesen Situationen vorbeugen könnte.

Als Symptom für unser Bedürfnis nach methodologischer Gewißheit ist die große Anzahl Aus-

INHALT DIESER BEILAGE

Henry A. Kissinger:

Gedanken über die amerikanische Diplomatie

Rudolf Neumann:

„Oder-Neiße“ —
Eine Dokumentation (S. 203)

schüsse zu werten, die mit der Prüfung und Ausarbeitung politischer Maßnahmen beauftragt ist. Gerade die Vielzahl der Ausschüsse erschwert eine rechtzeitige Entscheidung. Sie begünstigt den übertriebenen Einfluß untergeordneter Stellen, welche die Grundmemoranda vorbereiten, und überhäuft unsere höheren Regierungsangestellten mit unwichtigen Arbeiten. Dank unserer Vergötterung des Spezialistentums verhandeln die obersten Regierungsstellen unter sich über Landespolitik, ohne daß eine übergeordnete maßgebende Stelle vorhanden ist, welche die Lage in ihrer Gesamtheit beurteilen oder Entscheidungen über einen längeren Zeitraum durchführen könnte. Dies rührt von der Kluft zwischen großer Strategie und einzelnen taktischen Zügen, zwischen der Definition allgemeiner Zielsetzungen — so vage, daß sie zum Gemeinplatz wird —, und der Beschäftigung mit aktuellen Problemen her. Die Kluft wird nur dann überbrückt, wenn eine Krise die bürokratische Maschinerie zu schnellerer Gangart zwingt, und dann bleibt der obersten Führung nur die Wahl, den administrativen Vorschlägen zuzustimmen. Kurzum, wir versuchen, die politischen Probleme mit administrativen Mitteln zu lösen.

Die Versuchung, Politik vom Administrativen her zu betreiben, ist für eine Regierung wie die unsrige, die in erster Linie auf die Führung der Innenpolitik ausgerichtet ist, immer vorhanden. Aber das Wesen der Politik und das der Verwaltung sind voneinander grundsätzlich verschieden. Eine weitschauende Politik erfordert schöpferische Kraft, gute Verwaltung verlangt Routine und kann auch Mittelmäßigkeit vertragen. Politik erfordert die Einkalkulierung von Risiken, Verwaltung die Vermeidung jeglicher Abweichung vom vorgezeichneten Wege. Der Versuch, Politik vom Administrativen her zu interpretieren, führt dazu, sie nicht so sehr danach zu beurteilen, welche Ziele erreicht, sondern welche Fehler vermieden worden sind. Es ist kein Zufall, daß die meisten großen Staatsmänner sich im Widerspruch zu den Sachverständigen ihres Außenministeriums befunden haben, denn gerade die Kühnheit einer staatsmännischen Konzeption macht sie für diejenigen unannehmbar, deren Hauptanliegen Sicherheit und geringstes Risiko sind.

Durch unsere methodologischen Zweifel sind wir in zweifacher Weise für sowjetische Manöver verwundbar: Einerseits wird jeder sowjetische Kurswechsel wenigstens teilweise als bare Münze genommen, denn wir können, bis zum Beweis des Gegenteils nicht wissen, ob es die „Sowjets“ dieses Mal nicht auch „meinen“, und sie werden alles daransetzen, um den Beweis schuldig zu bleiben, bis diese Taktik ihren Zweck erfüllt hat. Andererseits fällt es uns schwer, unsere Taktik neuen Situationen anzupassen, so daß wir immer gerne in den Kategorien der vorletzten Bedrohung sprechen. Das paradoxe Ergebnis ist, daß wir, die Empiristen, allgemein als starr, einfallslos und sogar als etwas zynisch erscheinen, während die dogma-

tischen Bolschewisten Wendigkeit, Wagemut und Scharfsinn entfalten. Daran ist der Empirismus schuld, der uns im wesentlichen zu einer Reaktionspolitik, d. h. zu improvisierten Gegenzügen auf jede sowjetische Bewegung verurteilt, während die Bedeutung, welche die Sowjets

der Theorie zumessen, ihnen die Sicherheit gibt, aktive Politik zu treiben, zu manövrieren und Risiken einzugehen. Gerade ihre Aktivität zwingt uns, das Risiko von Gegenzügen auf uns zu nehmen, und verbraucht unsere Energien für hauptsächlich defensive Manöver.

Keine Überbetonung der Theorie

Die Bereitschaft zur Tat muß nicht von einer Theorie herrühren. Eine Überbetonung der Theorie kann sogar dazu führen, daß der Kontakt mit der Wirklichkeit verloren geht. Bei vielen Völkern — in England zum Beispiel — hat sich die Politik aus der festen Tradition einer Landesstrategie entwickelt. Im ganzen 19. Jahrhundert war es ein Grundsatz der englischen Politik, daß Antwerpen nicht in die Hände einer Großmacht fallen dürfte. Dieser Grundsatz stützte sich auf keine ausgeklügelten metaphysischen Überlegungen, sondern allein auf die Tradition der englischen Seemacht, deren Erfordernisse so allgemein anerkannt wurden, daß sie niemals zur Diskussion gestellt worden sind. Da es uns an außenpolitischer Tradition fehlt, legen wir zuviel Gewicht auf den Empirismus, wodurch es uns schwer fällt, bei unseren politischen Maßnahmen den richtigen Zeitpunkt zu berücksichtigen. Wir übersehen, daß Politik zweidimensional geführt werden muß, nämlich zeitlich und räumlich, und daß eine Maßnahme nur dann richtig ist, wenn sie im geeigneten Augenblick durchgeführt wird. Natürlich vergrößert unsere schwerfällige Verwaltungsmaschinerie das Problem außerordentlich. Außerdem gehen wir in unseren Überlegungen so vor, als ob eine Handlungsweise ewig gültig sei, und eine Maßnahme, die den Erfordernissen eines gegebenen Augenblicks entspricht, sich ein Jahr später nicht gegenteilig auswirken könnte. Aus diesem Grunde fehlt unserer Politik ein Gefühl für die Nuance und

die Wendigkeit, das gleiche Thema mit gewissen Abänderungen wieder aufzugreifen, wie es die Sowjets mit so viel Erfolg getan haben. Für uns ist die politische Planung abgeschlossen, wenn der Nationale Sicherheitsrat eine Entscheidung getroffen hat. Und in der Tat ist der Weg bis zur Entscheidung so mühselig und eine Neuorientierung daher so „qualvoll“, daß uns die Überprüfung einer überlebten Politik widerstrebt.

Eine schriftliche politische Erklärung läuft zu meist auf Gemeinplätze hinaus. Die Schwierigkeiten beginnen, wenn sie auf bestimmte Situationen angewandt werden soll. Und wenn wir auch oft die richtigen Maßnahmen getroffen haben, so ist es uns nicht leicht gefallen, uns über einen längeren Zeitraum den Erfordernissen einer Situation anzupassen. Den unterschiedlichen Gebrauch, den die Sowjets von der Zeit zwischen der „Gipfelkonferenz“ und der Genfer Außenministerkonferenz gemacht haben, illustriert diesen Punkt. Die Sowjets stellten diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland her und verschafften sich selbst die Möglichkeit, jetzt mit beiden deutschen Regierungen direkt zu verkehren. Sie benutzten die Friedensoffensive, um die NATO zu unterminieren, und vereinbarten den Waffenhandel mit Ägypten. Als wir nach Genf zurückkamen, sahen wir uns einer Reihe von vollzogenen Tatsachen gegenüber. Die Konferenz war im voraus zum Scheitern verurteilt.

Unsere Geschichte kennt keine Katastrophen

Ein weiteres wesentliches Merkmal unserer Einstellung zur Außenpolitik ist unser Mangel an tragischen Erfahrungen. Obgleich auch wir ernste Not und Mühsal kennengelernt haben, kennt unsere Geschichte keine Katastrophen. Tatsächlich stellt die innenpolitische Entwicklung Amerikas einen einmaligen Erfolg dar, außerordentlicher Wagemut wurden belohnt und große Hindernisse überwunden. Es ist daher nicht erstaunlich, daß vielen unserer führenden Männer, insbesondere der Wirtschaft, die Warnrufe vor drohenden Gefahren und unmittelbar bevorstehenden Katastrophen wie Cassandra rufe unverständlicher „Intellektueller“ in den Ohren klingen. Ist Mangel an Wirklichkeitssinn nicht charakteristisch für Intellektuelle, und weist die amerikanische Wirklichkeit nicht unvergleichlichen Reichtum verbunden mit einmaliger Expansion auf?

Die Staatssekretäre Humphrey und Wilson sind wegen ihrer Sparmaßnahmen auf dem Ver-

teidigungssektor stark kritisiert worden. Aber um ihnen gerecht zu werden, sollte man für den psychologischen Hintergrund ihrer Entscheidungen Verständnis haben: trotz all der ihnen zur Verfügung stehenden Informationen können sie einfach nicht glauben, daß Fehlkalkulationen im Atomzeitalter mit einer nationalen Katastrophe bestraft werden können. Ihr Verstand begreift es vielleicht, aber ihr Herz kann nicht glauben, daß der Staat, den sie mit aufgebaut haben, vom Erdboden verschwinden könnte, wie Rom oder Karthago oder Byzanz, die ihre Bewohner vermutlich auch für ewig gehalten haben. Diese Einstellung ist schuld daran, daß wir kein Gefühl für die Dringlichkeit haben, und sie stärkt unsere Überzeugung, man könnte immer noch einmal von vorne anfangen, und die Verdoppelung unserer Anstrengungen sei die schlimmste Konsequenz, die wir aus unseren Fehlern ziehen müßten. Der unwiderrufliche Irrtum ist noch kein Bestandteil amerikanischer Erfahrung.

Einschätzung der Machtverhältnisse

Eng verbunden mit diesem Problem ist unsere Abneigung, in Machtbegriffen zu denken. Selbstverständlich hat sich sowohl die wirtschaftliche wie auch die geographische Ausdehnung Amerikas nicht ohne klugen Machteinsatz vollzogen. Aber unser kalvinistisches Erbe erforderte Erfolg, als Beweis für das Attribut der Gerechtigkeit. Man glaubte, daß selbst der Besitz eines großen Vermögens, wie es auch immer erworben sein mochte, fast ausnahmslos eine soziale Verpflichtung auferlegte. Die großen Stiftungen sind ein typisch amerikanisches Phänomen. Als Nation haben wir von unserer Macht fast nur einen verschämten Gebrauch gemacht, als sei sie von Natur aus etwas Schlechtes. Wir wollten gerne um unserer selbst willen geschätzt werden, und wir wollten unsere Erfolge der Überzeugungskraft unserer Prinzipien und nicht unserer Stärke zu verdanken haben. Das Schuldbewußtsein, das uns beim Einsatz unserer Macht befällt, hat uns veranlaßt, alle Kriege in Kreuzzüge zu verwandeln, und dann von unserer Macht absoluten Gebrauch zu machen. Wir haben beim Einsatz unserer Macht selten den Mittelweg eingeschlagen und wenn, dann nur widerwillig.

Aber Außenpolitik kann nicht ohne Wissen um die Machtverhältnisse getrieben werden. Na-

türlich ist die gegenwärtige Revolution nicht nur durch einen Machteinsatz zu meistern. Aber sofern wir nicht wenigstens ein Gleichgewicht im Machtverhältnis zwischen uns und dem sowjetischen Block aufrechterhalten, werden wir keine positiven Maßnahmen zu unternehmen vermögen. Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts kann uns vor sehr schwierige Entscheidungen stellen. Wir werden sicherlich außerordentlich zweideutigen Situationen, wie Bürgerkriegen und inneren Umstürzen gegenübergestellt werden. Jedes erfolgreiche sowjetische Vorgehen erschwert in gleichem Maße unsere moralische Position. Indochina war zweideutiger als Korea; der sowjetische Waffenhandel mit Ägypten zweideutiger als Indochina; die Suezkrise zweideutiger als der Waffenhandel. Zweifelsohne sollten wir versuchen, diesen Vorkommnissen vorzubeugen. Aber wenn sie nun einmal eingetreten sind, müssen wir uns in einer Situation, die nur die Wahl zwischen mehreren Übeln erlaubt, zum Handeln und zum Risiko aufrufen. Wir sollen zwar niemals unsere Prinzipien aufgeben, müssen aber wissen, daß wir sie nicht aufrechterhalten können, wenn wir nicht überleben.

Vom Wesen des Friedens

In enger Verbindung mit unserer Abneigung, in Machtbegriffen zu denken, steht unsere Vorstellung vom Wesen des Friedens. Wir sind der Ansicht, daß der Frieden die „normale“ Form der zwischenstaatlichen Beziehungen, daß er gleichbedeutend mit einem Gefühl der Eintracht ist und daß man ihn als politisches Ziel unmittelbar anstreben kann. Dies sind Binsenwahrheiten, denen in unserer politischen Diskussion selten widersprochen wird. Beide großen Parteien behaupten, daß sie für einen dauerhaften Frieden arbeiten, selbst wenn sie über das „Wie“ verschiedener Ansicht sind. Beide geben Erklärungen ab, die besagen, daß an irgendeinem Wundertag, vielleicht nach einer Vier-Mächte-Konferenz, „der Friede ausbrechen werde“.

Keine Vorstellung könnte gefährlicher sein. Erstens würden die internationalen Beziehungen durch die Polarisierung der Macht labil werden, selbst wenn es keine ideologischen Meinungsverschiedenheiten gäbe und die sprunghafte technische Entwicklung ist dazu angetan, das Gefühl der Unsicherheit noch zu erhöhen. Mehr noch, wenn sich eine Macht oder Mächtegruppen den Frieden — als Nicht-Kriegszustand aufgefaßt — zum unmittelbaren Ziel gesetzt hatte, dann waren die internationalen Beziehungen der Gnade des Staates ausgeliefert, der den Frieden auf seine Fahne geschrieben hatte. Kein Staatsmann kann das Schicksal seines Landes ausschließlich dem dauernden guten Willen eines anderen souveränen Staates anvertrauen, und sei es auch nur, weil es die beste Garantie für den Fortbestand eines guten Wil-

lens ist, ihn nicht durch ein zu großes Mißverhältnis der Macht in Versuchung zu führen. Der Friede als solcher kann deshalb niemals ein unmittelbares Ziel sein. Er ist der Ausdruck bestimmter Umstände und Machtverhältnisse. Die Diplomatie sollte ihr Augenmerk auf diese Machtverhältnisse — und nicht auf den Frieden — richten.

Es liegt offensichtlich im Interesse der Sowjetunion, unabhängig von Machtverhältnissen und begangenen Usurpationen den Frieden mit dem Zustand eines gegenseitigen Einvernehmens gleichzusetzen; denn diese Einstellung sanktioniert alle ihre Gewinne seit dem zweiten Weltkrieg.

Desgleichen liegt es im Interesse der Vereinigten Staaten, keinen Zweifel bestehen zu lassen, daß nicht nur die Schroffheit des sowjetischen Tones, sondern auch die Unnachgiebigkeit der sowjetischen Maßnahmen an den Spannungen des Kalten Krieges schuld gewesen sind. Solange die Sowjets den Eindruck zu erwecken vermögen, daß versöhnliche Erklärungen an sich schon ein Symptom für friedliche Absichten sind, können sie das Tempo der Verhandlungen kontrollieren und ohne irgendeinen Preis für das Zustandekommen des Friedens zu zahlen, aus seiner Befürwortung Nutzen ziehen. Falls den Sowjets das Privileg zugestanden wird, Verhandlungen einzuleiten, wenn es ihren Zwecken dienlich ist, und Verhandlungen straflos abzubrechen, dann wird die Diplomatie zu einem Werkzeug der sowjetischen Propaganda. Und mit der Zeit wird die Vielfalt der

sowjetischen Manöver den Zusammenhalt der freien Völker zerstören.

Damit sind wir bei einem der Hauptprobleme angelangt, dem sich die derzeitige amerikanische Diplomatie gegenüber sieht: dem veränderten Charakter der Verhandlungen in einem revolutionären Zustand. Eine internationale Ordnung, deren Grundvereinbarungen von allen Großmächten anerkannt wird, könnte „legitimistisch“ genannt werden. Ein System, dem eine Macht oder Mächtegruppe angehört, die sich weigert, sowohl die Vereinbarungen als auch die innere Struktur der anderen Staaten anzuerkennen, ist „revolutionär“. Eine legitimistische Ordnung macht Konflikte nicht unmöglich, aber sie begrenzt ihre Ziele. Kriege können zwar ausbrechen, doch werden sie „im Namen“ des bestehenden Systems ausgetragen, und der Friede wird als besserer Ausdruck der getroffenen Vereinbarungen gutgeheißen werden. In einem revolutionären Zustand jedoch zielen die Konflikte nicht auf einen Ausgleich innerhalb eines festen Rahmens, sondern auf den Rahmen selbst.

Zweifellos durchlaufen wir eine revolutionäre Periode. Die Stärke der Waffen steht in keinem Verhältnis zu den Zielen, gegen die sie eingesetzt werden könnten. Die Folge davon ist, daß wir uns im Augenblick beispielloser Stärke durch die Wirkung unserer eigenen Waffen gelähmt finden. Auf politischer Ebene füllen viele der kürzlich unabhängig gewordenen Staaten ihre Außenpolitik weiterhin mit der revolutionären Leidenschaft, die ihnen einst zu ihrer Unabhängigkeit verholfen hat. Auf ideologischer Ebene geben die neuerweckten Hoffnungen und Erwartungen der Völker, die bisher nicht vernehmbar waren, und die Schnelligkeit, mit der Ideen verbreitet werden können, dem derzeitigen Gärungszustand neue Nahrung. Und der sowjetische Block, der eifrig jegliche Unzufriedenheit für seine eigenen Zwecke auszunutzen bestrebt ist, gibt der gegenwärtigen Situation das revolutionäre Gepräge.

So ist es, trotz der versöhnlichen Erklärungen auf dem 20. kommunistischen Parteikongreß. Denn die „friedliche Koexistenz“ wurde nicht als eine Anerkennung des Status quo proklamiert. Im Gegenteil, sie wurde als die wirkungsvollste offensive Taktik und als wirksames Mittel zur Zerstörung der bestehenden Ordnung gutgeheißen. Die sowjetischen Führer haben weder auf den Klassenkampf mit seiner Forderung nach unversöhnlicher Auseinandersetzung noch auf den unausweichlichen Triumph des Kommunismus mit der Diktatur des Proletariats als Endergebnis verzichtet. Natürlich hat die Sowjetunion den Krieg nicht mehr für unvermeidlich gehalten, aber nur deshalb, weil sie bald das Übergewicht an Stärke besitzen würde. Sollte sich die Politik der „friedlichen Koexistenz“ als nicht so gewinnbringend herausstellen wie erwartet, dann können wir auf eine andere Taktik gefaßt sein. „In der Welt von heute an“, hat Mao gesagt, „ist Neutralität nur mehr ein Wort, um die Menschen zu täuschen.“

Das waren harte Lehren. Eingelullt von einem hundertfünfzig Jahre währenden, verhältnismäßig ruhigen Leben, ohne Erfahrung mit Katastrophen, haben wir die wiederholten Versicherungen der Sowjets, daß sie die Zertrümmerung des bestehenden Rahmens auch „meinen“, nicht für bare Münze nehmen wollen. Wir neigten dazu, die sowjetischen Beteuerungen so zu behandeln, als seien ihre Absichten rein taktischer Natur — als ob die Sowjetunion um des Feilschens willen übertreibe oder besondere Klagen hervorbrächte, um sich dann durch einzelne Konzessionen beschwichtigen zu lassen. Mit einer Portion Pathos bemühen wir uns, „vernünftige Gründe“ für die Abkehr der Sowjets vom Bolschewismus zu finden: Die günstige Gelegenheit, die Hilfsquellen ihres Landes zu entwickeln, die unbegrenzten Möglichkeiten der Kernenergie oder des internationalen Handels. Wir lassen dabei eine Geistesverfassung erkennen, die außerstande ist, sich mit einer Politik unbegrenzter Ziele auseinanderzusetzen. Unser Glaube, daß ein Antagonist durch die Überzeugungskraft der Argumente besiegt werden könnte, unser Vertrauen in die Wirksamkeit des Verhandlungsverfahrens lassen die führende Rolle erkennen, die in unserer Diplomatie die Juristen mit ihrer Auffassung von der Diplomatie als einer juristischen Handlung spielen.

Aber die juristische Methode ist in einer revolutionären Situation nicht anwendbar, denn

Aufgaben der Diplomatie

Kurzum, in einem revolutionären Zustand der internationalen Beziehungen hat die Diplomatie andere Aufgaben. In einer legitimistischen Ordnung versucht die Diplomatie, Meinungsverschiedenheiten durch Kompromisse beizulegen, um das internationale Ordnungssystem aufrecht zu erhalten. Es kommt zu Übereinkommen, weil das Abkommen an sich ein wünschenswertes Ziel ist, und weil ein stillschweigendes Übereinkommen besteht, zu einem Abkommen zu kommen. In einem revolutionären Zustand haben Übereinkommen in erster Linie eine taktische Bedeutung: die Ausgangsstellungen für eine neue Kraftprobe vorzubereiten. Verhandlungen in einer legitimistischen Ordnung haben drei Aufgaben: Die Formulierung für Übereinkommen oder Meinungsverschiedenheiten so zu wählen, daß sich keine unüberbrückbaren Gegensätze auftun; den Faden nicht abreißen zu lassen, damit ein Forum für die Gewährung von Konzessionen vorhanden ist; einen überzeugenden Beweis für den Abschluß eines Abkommens zu liefern. In einer revolutionären Epoche verändert sich jedoch der Zweck der meisten Aufgaben: die Diplomaten können sich noch immer treffen, aber sie können nicht mehr überzeugen, da sie nicht mehr die gleiche Sprache sprechen. Stattdessen werden die Konferenzen zu einem sorgfältig vorbereiteten Schauspiel, bei dem versucht wird, die bisher noch keinem Block angehörenden Staaten auf die eine oder andere Seite zu ziehen.

sie setzt ein System vereinbarter Regeln voraus, innerhalb deren Grenzen sich das Verhandlungsgeschick entfalten kann. Es ist nicht das Verhandlungsverfahren als solches, das für die Regelung juristischer Streitfragen ausschlaggebend ist, sondern eine Gesellschaftsstruktur, die das Funktionieren dieses Verfahrens gestattet. Dies erklärt, warum versöhnliche amerikanische Erklärungen ihr Ziel so oft verfehlt haben. Für die Sowjets liegt der Schlüssel zum endgültigen Triumph in ihrer besseren Kenntnis der „objektiven“ Kräfte und der historischen Entwicklung. Selbst wenn sie die „subjektive“ Aufrichtigkeit der amerikanischen Erklärungen gelten lassen, so halten sie diese Erklärungen für unzureichend, um Einfluß auf die „objektiven“ Faktoren der amerikanischen Gesellschaft zu nehmen, die letztlich eine Entscheidung herbeiführen werden. Sowjetische Führer halten versöhnliche amerikanische Erklärungen daher entweder für Heuchelei oder Dummheit, für den Ausdruck von Unwissenheit oder für Propaganda. Daher ist es zwecklos zu versuchen, die sowjetischen Führer durch eine logische Begründung oder die Beschwörung abstrakter Gerechtigkeit zu beeinflussen. Sowjetische Staatsmänner betrachten Konferenzen als Mittel zur Bestätigung der „objektiven“ Situation. Ein sowjetischer Diplomat, der Konzessionen machen möchte, kann sie zu Hause nur durch den Beweis rechtfertigen, daß sie sich als Folge eines genauen gegeneinander Abwägens der Risiken ergeben haben.

Nichts ist daher fruchtloser als zu versuchen, auf Grund gewöhnlicher diplomatischer Methoden mit einer revolutionären Macht fertig werden zu wollen. In einer legitimistischen Ordnung sind einmal angemeldete Forderungen Gegenstand von Verhandlungen. Die Ansprüche werden erhoben in der Absicht, sie als Grundlage für einen Kompromiß zu verwenden. Aber in einem revolutionären Zustand sind sie programmatisch, sie stellen einen Anspruch auf unbedingte Erfüllung dar. In einer legitimistischen Ordnung gilt es als gute Verhandlungstaktik, Maximalforderungen anzumelden, weil dadurch das Zustandekommen von Kompromissen ohne Einbuße wichtiger Zielsetzungen erleichtert wird. In einem revolutionären Zustand gilt es als gute Verhandlungstaktik, Minimalforderungen zu erheben, um in dem günstigen Licht des Anwaltes einer maßvollen Haltung zu erscheinen. In einer legitimistischen Ordnung werden die Vorschläge an die Gegenseite am Konferenztisch gerichtet. Der Inhalt der Vorschläge muß daher sehr sorgfältig abgefaßt und den erforderlichen Spielraum aufweisen, damit sie nicht als Aufforderung an die Gegenseite erscheinen, auf die eigenen Forderungen zu verzichten. In einem revolutionären Zustand wenden sich die Protagonisten am Konferenztisch weniger an einander als an die Welt im allgemeinen. In diesem Falle müssen die Vorschläge ein Maximum an Klarheit, ja sogar an Vereinfachung aufweisen, denn ihr größter Wert ist ihr symbolischer Gehalt. Kurzum, in einer legitimistischen Ordnung ist eine Konferenz ein Kampf, bei dem es um

die Ermittlung von Formeln geht, die den Abschluß eines Abkommens ermöglichen sollen. In einem revolutionären Zustand ist es ein Kampf um die Symbole, welche die Menschheit erregen.

Die größte Schwäche der amerikanischen Diplomatie ist bisher immer die ungenügende Beachtung des symbolischen Aspektes der Außenpolitik gewesen. Unsere Standpunkte sind gewöhnlich immer mit großer Sorgfalt bezüglich ihrer rechtlichen Basis ausgearbeitet worden, wobei besonderer Nachdruck auf der Schritt-für-Schritt Methode der traditionellen Diplomatie lag. Aber während wir uns an die Sowjets direkt wandten, sprachen diese zu den Völkern der Welt. Mit wenigen Ausnahmen ist es uns nicht gelungen, unsere Auffassung mit entsprechendem dramatischen Effekt vorzutragen, aus einem komplexen Verhandlungsbereich seinen symbolischen Gehalt herauszuschälen. In dem größten Teil der Welt haben die Sowjets die „Friedensoffensive“ durch die endlose Wiederholung von Schlagworten an sich gerissen, die ungeheuerlich klangen, als sie das erste Mal vorgebracht wurden, heute aber durch ständigen Gebrauch geläufige Münze geworden sind. Diejenige Macht, die mit Gewalt 150 Millionen Menschen ihrem Machtbereich einverleibte, ist auf diese Weise heute zum Vorkämpfer des Antikolonialismus geworden; dieser Staat, der die Sklavenarbeit als integralen Teil seines Wirtschaftssystems entwickelt hat, ist jetzt in vielen Teilen der Welt zum Kämpfer für die Menschenwürde aufgestiegen. Uns dagegen ist es weder in bezug auf die Einheit Deutschlands, noch in bezug auf Korea oder den Bereich der Satelliten-Staaten gelungen, die Weltmeinung mobil zu machen. Formosa ist vielmehr zu einem Symbol amerikanischer Unnachgiebigkeit geworden und unsere überseeischen Luftstützpunkte zum Zeichen amerikanischer Aggressivität. Wir haben auf jede sowjetische Aktion geantwortet wie ein pedantischer Professor im Vollbewußtsein seiner Rechtschaffenheit. Aber die Welt läßt sich nicht mit juristischen Redensarten in Bewegung bringen und schon gar nicht in einer revolutionären Epoche. Dies soll nun nicht etwa bedeuten, daß Verhandlungen nur als Propagandagelegenheit aufgefaßt werden sollen, sondern es soll damit gesagt sein, daß wir den Sowjets dadurch, daß wir versagt haben, es ihnen auf psychologischem Gebiet gleich zu tun, ganz unnötig günstige Gelegenheiten verschafft haben.

Das Ergebnis ist, daß sich die internationale Debatte fast gänzlich in dem Tempo und in den Kategorien abspielt, welche die Sowjets aufgestellt haben. Die Aufmerksamkeit der Welt ist auf die Schrecken der Atomwaffen konzentriert, aber nicht auf das Faktum einer Aggression, das diese Waffen erst zum Einsatz bringen würde. Die Sowjets verhandeln, wenn ein Nachlassen der Spannungen ihren Zwecken dienlich ist und sie brechen auch die Verhandlungen ab, wenn es zu ihrem Vorteil ist, ohne jedoch gezwungen zu werden, die Last der Verantwortung für den Fehlschlag auf sich zu nehmen.

Es war von unserer Seite richtig gehandelt, der Gipfelkonferenz und der anschließenden Konferenz der Außenminister zuzustimmen. Aber es war nicht nötig zuzulassen, daß die Viermächtebesprechungen zu einem angestregten Versuch wurden, die Sowjets als ehrenwert zu rehabilitieren. Ebenso unnötig war es, daß der Präsident der Vereinigten Staaten der Sowjetunion ein Zeugnis für gute Führung ausstellte, indem er Bulganin versicherte, er glaube an dessen friedliche Absichten. Ebenso wenig klug war es, die sowjetischen Führer einen Unterschied zwischen dem Präsidenten und der übrigen Regierung der Vereinigten Staaten konstruieren zu

lassen, so daß jedes Anwachsen der Spannungen der Tatsache zugeschrieben werden kann, der Präsident hätte sich dem Drängen seiner Ratgeber oder den Auswirkungen der „objektiven“ Faktoren der amerikanischen Wirtschaft oder einem Umschwung in der Verwaltung beugen müssen. Durch unsere Unfähigkeit, die Verhandlungen über Gemeinplätze hinaus zu heben, werden diese in einem Niemandsland geführt, wo ein Sowjet-Lächeln für gewichtig genug gehalten wird, die Tatsache der fortdauernden Spaltung Deutschlands aufzuwiegen, und wo Probleme einfach durch Verneinung ihrer Existenz ausgeräumt werden.

Das amerikanische Bündnissystem

Aber hätten wir unsere Alliierten und die Länder ohne feste Bindungen auf dem Wege einer anderen Politik mit uns fortführen können? Eine Diskussion unseres Allianz-Systems ist vielleicht am besten durch eine Analyse der geschichtlichen Rolle der Koalitionen zu erreichen. In der Vergangenheit wurden Koalitionen generell durch eine Kombination von drei Gründen zusammengehalten: (1) Beseitigung jeden Zweifels an der gleichen Ausrichtung der Kräfte und Abschreckung von Aggressionen durch Ansammlung überlegener Macht — was in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Doktrin der kollektiven Sicherheit. (2) Festlegung einer Verpflichtung zur Hilfeleistung. Wären die nationalen Interessen eindeutige und unveränderlich, würde jede Macht ihre Verpflichtungen ohne formalen Vertrag kennen. Aber das nationale Interesse ist innerhalb gewisser Grenzen flissend. Es muß sich den wechselnden Umständen anpassen. Eine Allianz ist so etwas wie eine Versicherung gegen Zufälligkeiten; ein zusätzliches Gewicht bei Überlegungen darüber, ob es zum Kriege kommen soll oder nicht. (3) Legitimierung von Unterstützung und Beistand fremder Truppen oder einer Intervention in ausländischem Staatsgebiet.

Eine Allianz ist in dem Maße wirksam, wie ihre Macht Furcht erregend und ihr Zweck eindeutig erscheint. Wenn sie dagegen aus zu vielen heterogenen Elementen zusammengesetzt ist oder wenn ihre Mitglieder zu viele verschiedene Ziele verfolgen, wird sie eine wirkliche Belastungsprobe nicht überstehen. Die vertragliche Verpflichtung allein genügt nicht, wenn die Koalition kein gemeinsames Ziel hat oder unfähig ist, dieses auch militärisch zum Ausdruck zu bringen. Das französische Allianzsystem zwischen den beiden Weltkriegen — wie bedeutsam es auch immer auf dem Papier aussah — mußte an den miteinander in Widerstreit liegenden Interessen seiner Mitglieder und an dem Mangel einer einigenden militärischen Grundauffassung scheitern. Nicht das Vorhandensein einer Allianz allein schreckt eine Aggression, sondern der Gebrauch, den man in einem konkreten Fall von ihr machen kann.

Wenn wir den Aufbau des gegenwärtigen von den Vereinigten Staaten errichteten Bündnissystems untersuchen, so müssen wir feststellen, daß die meisten historischen Bedingun-

gen für Koalitionen nicht mehr oder zumindest auf eine andere Weise als bisher zutreffen. Vom Standpunkt der Machtverhältnisse her gesehen, trägt mit Ausnahme der NATO keine unserer Allianzen zur Erhöhung unserer tatsächlichen Stärke bei. Und auch die NATO befindet sich in einer schwierigen Lage, weil wir ihr keine militärische Grundauffassung geben können, die zugleich auch für unsere Partner überzeugend ist. Unser Interesse an dieser Allianz ist ein zweifaches: a) zu verhindern, daß Eurasien unter die Kontrolle einer feindlichen Macht gerät; denn wenn die Vereinigten Staaten auf die westliche Hemisphäre beschränkt würden, kann Eurasien — wenn überhaupt — nur durch Anstrengungen überleben, die unvereinbar sind mit dem, was gegenwärtig als „The American way of life“ verstanden wird; b) Erhöhung unserer Gesamtstärke gegenüber der Sowjetunion durch Gewinnung überseeischer Stützpunkte, besonders Luftbasen. Unser Hang zum Empirismus hat uns einmal dazu gebracht, diese Operationsziele in den Rahmen einer besonderen Bedrohung — nämlich die einer offenen sowjetischen militärischen Aggression — einzubauen und zum anderen diese drohende Gefahr nur unter den Gegebenheiten der gesamtstrategischen Verhältnisse zwischen uns und dem Sowjetblock zu betrachten. Unter diesen Bedingungen besteht der Schutz Eurasiens nicht in

unserem Vermögen zur lokalen Verteidigung, sondern in unserer strategischen Überlegenheit in einem allumfassenden Krieg, und deshalb neigten wir dazu, unsere Bündnisse durch den Hinweis zu rechtfertigen, daß sie uns den Besitz von überseeischen Luftstützpunkten gewähren.

Eine Allianz ist nutzlos, wenn sie nicht eine Übereinstimmung der Interessen unter den Partnern zum Ausdruck bringt. Unsere militärische Politik basiert immer mehr auf einer Strategie der „Revanche“, deren Ziel es ist, mit noch größerer Zerstörung das zu vergelten, was man uns zufügt. Aber in allen Situationen, abgesehen von einem allumfassenden Krieg (und vielleicht selbst dann), erreicht man Abschreckung nur dadurch, daß man die Kraft und die Fähigkeit besitzt, dem Gegner nicht nur etwa den im Verhältnis viel größeren Schaden, sondern solche Verluste zuzufügen, die in bezug gerade auf das jeweilige besondere Angriffsziel untragbar sind. Die sowjetischen Erfolge in der Nachkriegsperiode beweisen deutlich, daß unter bestimmten Umständen selbst eine schwächere Vergeltungskapazität abschreckend wirken kann. Trotz unserer strategischen Überlegenheit haben wir eine Intervention in Indochina oder eine Ausweitung des Krieges in Korea abgelehnt; einerseits, weil Korea und Indochina einen umfassenden Krieg nicht „wert“ zu sein schienen und weil wir andererseits keine anderen angemessenen Möglichkeiten besaßen, um die sowjetische Risikorechnung unattraktiv zu machen. Darüber hinaus vermehrt eine global ausgerichtete Strategie nicht nur unsere Hemmnisse, sondern läuft auch einer Koalitions politik zuwider. Unseren Verbündeten ist bewußt, daß sie in einem globalen Krieg nur durch die Bereitstellung von Stützpunkten und Basen zur Erhöhung unserer tatsächlichen Stärke beitragen werden. In einem eigenen militärischen Beitrag sehen sie keinen Sinn. Solange unsere militärische Grundkonzeption jeden lokalen Krieg in einen Weltkrieg umzuformen droht, wird unser Bündnissystem in Gefahr sein.

Das Problem der „kollektiven Sicherheit“

Unsere Politik ist außerdem behindert worden durch die Vorstellung von der „kollektiven Sicherheit“, — das Ergebnis der Lehren aus den dreißiger Jahren, wo eine geschlossene Front Hitler sehr wohl in seine Schranken hätte weisen können — und zum anderen durch unsere durch die Geschichte zu verfolgende Vorliebe für föderative Strukturen. Wir gründen unsere Koalitionen auf die Annahme, daß ein wirksamer Widerstand überhaupt nur möglich ist, wenn sich alle Verbündeten jeglicher Aggression in jeglichem Land widersetzen. Aber diese Vorstellung von kollektiver Sicherheit hat das paradoxe Ergebnis zur Folge, daß sie gerade denjenigen Partner schwächt, der auch zum alleinigen Widerstand in der Lage ist. Denn Regierungen, die unter dem hartem Druck zu aktivem Handeln in ihren direkten Interessengebieten stehen, kann man nicht dazu bringen,

auch noch Risiken außerhalb dieser Bereiche auf sich zu nehmen. So läuft die Anstrengung, NATO-Unterstützung für Asien zu gewinnen, letzten Endes darauf hinaus, das Gefüge der NATO in Europa zu erschüttern. Selbst die reinen Regional-Bündnisse stellen eine Kombination außergewöhnlich mannigfaltiger Zielsetzungen dar. Pakistan verlangt nach Waffen mehr wegen der Wirkung auf Indien als wegen des Schutzes, den sie gegen die UdSSR oder China bieten. Irak ist an dem Bagdad-Pakt zu allererst wegen der damit verbundenen militärischen Vorteile gegenüber Saudi-Arabien und Ägypten interessiert. Und weder mit unseren Verbündeten in der SEATO noch mit unseren Partnern im Bagdad-Pakt verbindet uns eine gemeinsame, auf dem kulturellen Erbe beruhende Zielsetzung in dem Maße wie mit unseren europäischen Alliierten.

Die Probleme unseres Bündnissystems lassen sich in zwei Hauptgruppen zusammenfassen: Die Bündnisse erhöhen entweder unsere effektive Stärke nur wenig oder bringen keine gemeinsame Zielsetzung zum Ausdruck, oder aber es trifft beides zu. Unter solchen Umständen führt ein System der kollektiven Sicherheit in Wirklichkeit zur Verwässerung des eigentlichen Zweckes und schafft eine Atmosphäre des Irrealen, in der allein das rein passive Vorhandensein einer Allianz und nicht die dahinterstehende Entschlossenheit als Garantie für die Sicherheit genommen wird. So reden wir davon, Lächer im Verteidigungswall zuzustopfen, so als wäre ein blosses Vertragsinstrument schon ein Akt der Verteidigung an sich. Mit diesen Schwierigkeiten werden wir nicht eher fertig werden, als bis wir nicht eine neue Einstellung zu unserer Bündnispolitik entwickelt, vor allem bis wir uns nicht weniger ehrgeizige Ziele gesteckt haben. Wir müssen unsere Bündnisse auf die Ziele beschränken, die wir mit unseren Verbündeten gemeinsam haben.

Aber ist eine solche Koalitionspolitik auch durchführbar? Die Folgerungen aus dem Anwachsen der sowjetischen Atommacht könnten eine gewisse Übereinstimmung des Interesses der Vereinigten Staaten an einer umfassenden Gesamtstrategie und des in der örtlichen Verteidigung wurzelnden Interesse unserer Verbündeten mit sich bringen. Denn mit dem Ende unserer Unverwundbarkeit durch Atomangriffe hat sich auch das Wesen der Abschreckung geändert. Ein Abschreckungsmittel ist nur bis zu dem Grade wirksam, wie es überzeugend ist. Und in demselben Maße wie der sowjetische Vorrat an atomaren Waffen wächst, wird sich unsere Bereitschaft, das Risiko eines Weltkrieges für irgendeinen Streitfall zu übernehmen verringern — ausgenommen bei einem direkten Angriff auf das Gebiet der Vereinigten Staaten. In einer derartigen Lage wird eine Abschreckung des Gegners in bezug auf die am ehesten gefährdeten Brennpunkte vor allem anderen durch die Fähigkeit zu wirksamer örtlicher Verteidigung erreicht. Angesichts der Schrecken eines Atomkrieges liegt es in unserem Interesse, andere Wege zur Verteidigung Eurasiens als durch einen Weltkrieg zu suchen: durch eine Strategie, die es uns ermöglicht, dem Gegner das Minimum an Schaden und Verlust zuzufügen, das zur Erreichung der Abschreckung nötig ist. Die Rechtfertigung für unsere Bündnisse wäre dann weniger darin zu sehen, daß sie zur Erhöhung unserer Gesamtstärke beitragen, als vielmehr darin, daß sie uns Gelegenheit verschaffen, unsere Macht subtiler und mit weniger gefahrvollen Risiken anzuwenden.

Vom militärischen Standpunkt aus gesehen, sollten unsere Allianzen als Pläne zur Organisation der örtlichen Verteidigung aufgefaßt werden und unsere Beistandsleistungen als Mittel, um eine solche Verteidigung möglich zu machen. Wir sollten es unseren Verbündeten klarmachen, daß ihre beste Chance zur Vermeidung eines Atomkrieges in unserem Vermögen liegt, eine lokale Aggression zu gefährlich für den Angreifer zu machen. Sie müs-

sen einsehen lernen, daß sie diesem ihrem Dilemma weder durch Neutralität noch durch Kapitulation entgehen können. Denn wenn wir aus Eurasien hinausgedrängt werden, werden sie gerade das heraufbeschwören, was sie am meisten fürchten. Einmal auf die westliche Hemisphäre beschränkt, wird uns keine andere Wahl bleiben, als einen Weltkrieg durchzukämpfen. Es ist klar, daß die Sowjets den Neutralismus sehr geschickt propagiert und geschürt haben, indem sie die Vorstellung erweckten, daß örtlicher Widerstand unvermeidlich zum Weltkrieg führen muß. Aber die Sowjets können ebensowenig an einem totalen Krieg interessiert sein wie wir. Die Furcht vor atomarer Vernichtung würde eine außerordentlich wirkungsvolle Sanktion gegen jeden Versuch zur Ausweitung eines Konfliktes abgeben.

Als Folgeerscheinung bedingt ein regionales Bündnissystem jedoch auf unserer Seite die Bereitschaft, allein zu handeln, wenn das Gleichgewicht in der globalen Strategie gefährdet ist. Keiner unserer Verbündeten — ausgenommen Großbritannien — hat die Möglichkeit oder ist bereit, außerhalb seines eigenen geographischen Bereichs in Aktion zu treten. Das von ihnen zu verlangen wird nur die innerpolitische Position an sich schon schwacher Regierungen unter-

Militärische Erwägungen sind nicht allein bestimmend

Wie dem aber auch immer sei, militärische Erwägungen dürfen nicht allein maßgeblich für unser Bündnissystem sein. Tatsächlich ist nämlich in vielen Ländern und vor allem in solchen, die erst vor kurzem ihre Unabhängigkeit erworben haben — der besondere Nachdruck, den wir auf dem militärischen Faktor gelegt haben, der Grund dafür, daß es uns nicht gelungen ist, das Verständnis für ein gemeinschaftliches Ziel zu wecken. Zweifellos sind wir im Recht, wenn wir an die sowjetische Bedrohung glauben. Aber Revolutionen sind nun einmal unlogisch, und gerade die asiatische Revolution ist mehr an der inneren Entwicklung als an auswärtigen Angelegenheiten interessiert. Unsere nachdrücklichen Bemühungen, diese Länder dazu zu bringen, etwas von ihrer Energie auf auswärtige Probleme zu richten, erscheint ihnen als irritierende Unterbrechung in der Verfolgung ihrer Hauptinteressen und verleiht gleichzeitig der sowjetischen Friedensoffensive einen verlockenden Glanz. Darüber hinaus wiegen der sowohl vom Bagdad-Plan wie auch von der SEATO geleistete militärische Beitrag zum ersten nicht die Tatsache auf, daß Indien und Ägypten sich entschlossen haben, abseits zu stehen, und zum anderen nicht den innerpolitischen Druck, den diese Verträge in einigen der Unterzeichnerstaaten hervorgerufen haben.

Die wichtigste Funktion dieser Verträge ist die Festsetzung einer Linie, welche von der UdSSR nicht ohne das Risiko eines Krieges überschritten werden kann, und weiter die Rechtfertigung einer Intervention durch die Vereinigten Staaten, wenn ein Krieg ausbrechen sollte. Aber diese Grenzlinie hätte sich besser durch eine einseitige Erklärung ziehen lassen. Im Schutze dieser Schildmauer hätten wir uns

graben und sie noch weiter demoralisieren. Es wird zu Ausflüchten und zur Verwässerung gemeinsamen Handelns hinter der Fassade gemeinsam abgefaßter Kommuniqués führen. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß allein die Vereinigten Staaten innerpolitisch und wirtschaftlich stark genug sind, um weltweite Verantwortung auf sich zu nehmen, und daß der Versuch, bei jedem unserer Schritte vorher die Zustimmung aller unserer Verbündeten einzuholen, nicht zu gemeinsamem Handeln, sondern nur zur Inaktivität führen wird. Natürlich sollten wir unsere Bemühungen aufeinander abstimmen, wo immer nur ein gemeinsames Interesse besteht, wie es zum Beispiel mit Großbritannien im Nahen Osten und vielleicht auch in Südost-Asien. Aber wir müssen uns das Recht zum alleinigen Handeln oder zum Handeln im Verein mit einer regional begrenzten Mächtegruppe vorbehalten, wenn unser strategisches Interesse es uns gebietet. Nur aus Rücksicht auf die Einheit unserer Verbündeten können wir es der Sowjetunion auf keinen Fall erlauben, das Gleichgewicht der Kräfte umzustößen. Was auch immer die Meinungsverschiedenheiten unserer Alliierten im einzelnen sein mögen, die Fortdauer ihrer Existenz hängt von unserer ungeschwächten Stärke ab.

dann ganz dem Hauptproblem, nämlich der Weckung des Bewußtseins gemeinsamer Zielsetzungen, widmen können, indem wir die gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben hervorgehoben und uns vor allem um einen Zusammenschluß dieser Mächtegruppen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung bemüht hätten. Wenn wir diese nichtmilitärischen Funktionen der SEATO in den Vordergrund geschoben hätten, wäre es für Indien und Indonesien viel schwieriger gewesen, sich abseits zu halten. In demselben Maße, wie diese politischen Mächtegruppierungen an wirtschaftlicher Stärke gewinnen, zwingt sie ihr eigenes Interesse zu einer stärkeren Anteilnahme an der gemeinsamen Verteidigung. Zumindest würde auf diese Weise die wirtschaftliche Basis für eine ins Gewicht fallende Verteidigung gewonnen werden. Eine machtvolle Gruppierung von Staaten an der russischen Grenze richtet sich gegen die Interessen der Sowjetunion, wobei es gleichgültig ist, ob der Zweck dieser Gruppierung vor allem militärischer Natur ist oder nicht. Und aus gleichem Grunde ist vom amerikanischen Standpunkt aus eine solche Mächtegruppierung sehr wünschenswert, selbst wenn sie nicht mit jeder von uns vertretenen Politik übereinstimmen sollte.

Das Problem der ohne feste Bindungen zwischen den Machtblöcken stehenden Staaten kann jedoch nicht allein durch wirtschaftliche Gruppierungen der Mächte gelöst werden. Es ist eng verknüpft mit der Stellung der Vereinigten Staaten in der Welt. Anti-Amerikanismus ist zur Zeit in vielen Teilen der Welt die große Mode. Als reichste und mächtigste Nation sind wir die gegebene Zielscheibe für alles, was schief geht.

Als diejenige Macht, welche die Hauptverantwortung für die Verteidigung der freien Welt trägt, sind wir bei allen denen unpopulär, die so ausschließlich mit der Entwicklung ihres eigenen Landes beschäftigt sind, daß sie nicht willens sind, Bedrohungen, die von außen kommen, genügend Aufmerksamkeit zu schenken. Wir sollten selbstverständlich versuchen, berechnete Verärgerungen zu lindern und auszuräumen. Wir würden jedoch Unrecht daran tun, jede Kritik in Bausch und Bogen zu akzeptieren. Viele unserer äußerst schnellfertigen Kritiker in Südost-Asien würden entsetzt sein, wenn unser militärischer Schutz plötzlich zurückgezogen würde. Nehrus Neutralität ist eben nur so lange möglich wie die Vereinigten Staaten stark sind. Zu einem großen Teil verbirgt der Anti-Amerikanismus nur das Gefühl sowohl materieller wie auch geistiger Unsicherheit. Popularität ist nichts als eine hoffnungslose Täuschung in einer Situation, deren revolutionärer Charakter durch den Zerfall der alten Werte und durch das tastende Suchen von Millionen von Menschen nach einer neuen Orientierung geprägt ist. Aus diesem Grunde ist es schlechterdings unmöglich, eine Politik einzig auf eine Meinungsforschung bezüglich der Wünsche der Bevölkerung zu gründen. Ein revolutionärer Zustand ist durch Unzufriedenheiten aller Art gekennzeichnet, die sich vereinen im Protest gegen die bestehende Ordnung, von sich aus aber nichts Neues an die Stelle des Alten zu setzen vermögen. Das ist auch der Grund, weshalb die meisten Revolutionen von einer zahlenmäßig kleinen Minderheit, die aber dem Groll der Masse Richtung zu geben vermochte, auf-

gefangen und gelenkt wurden. In diesen Ländern zwischen den Machtblöcken also mag deshalb Popularität von geringerer Bedeutung sein als Respekt.

In den Beziehungen zu diesen Ländern müssen die Vereinigten Staaten also nicht nur ein stärkeres Einfühlungsvermögen, sondern auch eine größere Würde entwickeln. Der Anblick, den hochgestellte amerikanische Persönlichkeiten bieten, die in alle Enden der Welt eilen, um sich über entstehende Krisen zu unterrichten, kann nur den Eindruck von Unsicherheit erzeugen. Die Nervosität, die wir in unseren Reaktionen auf die jeweiligen Schritte der Sowjets an den Tag legen, muß in einem für uns zwangsläufig sehr ungünstigen Kontrast mit der scheinbar wohlüberlegten Zielstrebigkeit der Sowjets stehen. Darüber hinaus sind aus verständlichen Gründen viele der zwischen den Machtblöcken stehenden Länder begierig, den Frieden um jeden Preis zu erhalten. Auf Grund unseres Verhaltens, das ihnen als Unentslossenheit und Unsicherheit erscheint, ziehen es diese Länder in jeder Krise vor, einen direkten Druck auf uns, als den Nachgiebigeren der zwei Supermächte, auszuüben. In demselben Maße wie wir eine größere Zielstrebigkeit entwickeln, wird es möglicherweise gelingen, etwas von diesem Druck auf den Sowjetblock abzuleiten. Mit einer Revolution wie der in Ägypten oder selbst in Indien kann man nicht fertig werden durch bloßes Verständnis; die Bereitschaft auf unserer Seite, die psychologische Last schwieriger Entscheidungen auf uns zu nehmen, gehört auch dazu.

Anforderungen an die Führungsgruppe

Das führt uns zurück zu unserem Ausgangsproblem: die zur Behandlung der gegenwärtigen Krise erforderliche richtige amerikanische Haltung. Das ist vor allem ein Führungsproblem. Denn die Nationen lernen nur aus dem, was als direkte und praktische Erfahrung an sie herantritt. Ihnen kommt das „Wissen“ erst, wenn es zum Handeln zu spät ist. Aber ein Staatsmann muß so handeln, als wäre seine unmittelbare Erkenntnis schon durch Erfahrung gesichertes Wissen, als ob seinem Trachten nach etwas schon die Wirklichkeit des Erstrebten zu Grunde läge. Der Staatsmann befindet sich demgemäß in einer ähnlichen Lage wie der Held der klassischen Tragödie, der das zukünftige Geschick seherisch erfaßt hat, diese Erkenntnis aber nicht unmittelbar auf seine Mitbürger übertragen, die „Wahrheit“ nicht wirksam machen kann. So kommt es, daß Staatsmänner oft das Schicksal der Propheten teilen, daß ihnen in ihrem eigenen Lande die Anerkennung versagt bleibt und ihre Größe gewöhnlich erst in der Rückschau offenbar wird, wenn ihre vorausschauende Erkenntnis längst praktische Erfahrung geworden ist. Der Staatsmann muß Erzieher sein. Er muß die Kluft zwischen der gegenständlichen Erfahrung eines Volkes und seiner visionären Vorausschau, zwischen dem in der Überlieferung gefestigten Leben und der Zukunft eines Volkes überbrücken. Und gerade

bei der Erfüllung dieser Aufgabe sind seine Möglichkeiten eingeschränkt. Ein Staatsmann, der dem Erfahrungsgut seines Volkes zu weit vorausseilt, wird in seinem Lande für sein Programm keine Anhänger finden. Das beste Beispiel dafür ist Wilson. Andererseits wird jeder Staatsmann, der seine politischen Ideen auf den Erfahrungsbereich seines Volkes einstellt und zurückschraubt, sich selbst zur Wirkungslosigkeit verdammen. Das beste Beispiel hierfür ist die französische Politik seit dem ersten Weltkrieg.

Eine der entscheidenden Anforderungen, denen sich eine Gesellschaft gegenübergestellt sieht, ist somit die Fähigkeit, aus sich heraus eine Führungsgruppe hervorzubringen, die imstande ist, sich über den Erfahrungsbereich dieser Gesellschaft zu erheben. Und gerade hier erwachsen uns aus unserem plötzlichen Aufstieg zur ersten und stärksten Macht der freien Welt besondere Schwierigkeiten. Die Eigenschaften und Qualitäten unserer Führungsgruppe wurden in einer Zeit ausgebildet, als unsere Hauptinteressen sich auf unseren eigenen Kontinent beschränkten. Politik wurde für ein notwendiges Übel gehalten und die Hauptfunktion des Staates in der Ausübung der Polizeimacht gesehen. Weder eine entsprechende Ausbildung noch irgendeinen sonstigen Anreiz gab es, um

unsere Führungsschicht zum Denken in politischen oder strategischen Zusammenhängen zu veranlassen. Das war eine Folge unseres Empirismus mit seinem Expertenkult und seiner Überbetonung der Spezialisierung. Als Illustration zu dieser Tatsache mögen diejenigen beiden Gruppen dienen, die in den höheren Regierungspositionen vorherrschend sind, die Wirtschaftler und die Juristen. Die leitenden Posten in der Wirtschaft, besonders in der Großindustrie, werden nach den Verwaltungsfähigkeiten vergeben. Dies erzeugt somit eine Neigung, Planungsprobleme verwaltemäßig zu behandeln, indem sie an Expertenkomitees überwiesen werden. Ebenso hat sich unter den Juristen, die geschult sind, in den Verhältnissen gesonderter Einzelfälle zu denken, ein Hang zu „ad hoc“-Entscheidungen und eine Abneigung gegen die „hypothetischen Fälle“, die eine Planung auf lange Sicht mit sich bringt, herausgebildet. Unsere Führungsschicht ist daher besser darauf präpariert, sich mit technischen als mit Planungsproblemen, mit wirtschaftlichen als mit politischen Streitfragen auseinanderzusetzen. Auf den Schauplatz von Washington übertragen bedeutet dies, daß ihnen häufig die Gesamtschau fehlt, um mit einer sich entwickelnden politischen oder strategischen Situation fertig zu werden. Jedes Problem wird für sich, nach seinem eigenen Wert behandelt. Das ist eine Verfahrensweise, die das Besondere auf Kosten des Allgemeinen betont und jede Planung in einer Fülle von Details ersticken läßt. Das Fehlen der festen Umrisse eines Planungsgebäudes macht es ihnen schwer, unsere Probleme auch nur klar zu erkennen und die Vorschläge und Darstellungen richtig zu sichten, mit denen unser Regierungsapparat überhäuft ist.

Dies erklärt viele der sowjetischen Nachkriegserfolge. Was immer auch die Qualitäten der sowjetischen Führungsschicht sein mögen, sie ist auf jeden Fall politisch und planungsmäßig ausgezeichnet geschult. Bei der Lektüre von Lenin, Marx oder Stalin überrascht immer wieder die nachdrückliche Betonung der engen Verbindung zwischen politischen, militärischen, psychologischen und wirtschaftlichen Faktoren, der besondere Nachdruck, der auf die Ermittlung einer theoretischen Basis für das politische Handeln gelegt wird, und das Hervorheben der Notwendigkeit, eine Situation mit beweglicher Taktik bei unverrückbarer Zielsetzung zu meistern. Und die internen Kämpfe im Kreml stellen sicher, daß immer nur der Mann mit den stärksten Nerven die Gipfelposition erreicht. Dem Politbüro, das frei von allen Alltagsverwaltungsproblemen in umfassenden Verhältnissen zu denken geschult ist, haben wir Führungspersönlichkeiten entgegengestellt, die mit Amtspflichten überhäuft und zu einem Denken erzogen sind, das ein Übergreifen in das Spezialgebiet eines anderen für eine Kardinalsünde hält. Für unsere führenden Persönlichkeiten ist Politik so etwas wie eine aufeinanderfolgende Reihe gesonderter Probleme, für die sowjeti-

schen Führer dagegen ein Aspekt eines fortlaufenden politischen Prozesses. Als Folge davon haften dem Kampf zwischen uns und den Sowjets viele Züge eines Kampfes zwischen einem Berufskämpfer und einem Amateur an. Selbst ein mittelmäßiger Berufskämpfer wird gewöhnlich einen noch so ausgezeichneten Amateur be-

siegen und das nicht etwa, weil etwa der Amateur nicht wüßte, was er tun muß, sondern weil er nicht imstande ist, schnell oder folgerichtig genug zu reagieren. Unserer Führungsschicht mangelte es nicht an Fähigkeiten, aber sie mußte Erfahrungen sammeln noch während sie handelte, und das war ein zu großes Handicap.

Annahme der Herausforderung

In vielen der von unseren Führungsgruppen gemachten Fehler zeigen sich ohne Zweifel eben gerade die Qualitäten, welche die ungezwungenen freiheitlichen Verhältnisse innerhalb der amerikanischen Gesellschaft bewahren helfen. Die Einschränkung unserer Regierungsbefugnisse hatte natürlich zur Voraussetzung, daß fundamentale soziale Unterschiede fehlen und viele Probleme nicht durch Regierungsverordnung geregelt werden, sondern durch das, was an Gemeinsinn in dem Ausdruck "what is taken for granted" enthalten ist. Eine Gesellschaft kann auf diese Art und Weise nur solange verfahren, wie die Auseinandersetzungen nicht bis zu ihren äußersten logischen Konsequenzen vorangetrieben werden und die Meinungsverschiedenheiten dogmatisch entschärft bleiben. Und tatsächlich ist unser ganzes soziales Leben von der Furcht durchsetzt als Dogmatiker zu gelten. So werden Ansichten meist mit der Einschränkung vorgetragen, man sei sich ihrer Zufälligkeit und Willkürlichkeit bewußt und erhebe keinerlei Anspruch auf besondere Gültigkeit der eigenen Schlußfolgerungen. Dies führt zu einer Bevorzugung von Entscheidungen, die von Ausschüssen getroffen worden sind, weil sich nämlich Meinungsverschiedenheiten vermittlems eines Gesprächs am leichtesten bloslegen und begleichen lassen, ehe sich die Standpunkte verhärten haben. Der ganze Entscheidungsprozeß ist deshalb dem Tempo des Gesprächs angepaßt.

Selbst die Denkschriften der Abteilungen, auf denen die politischen Entscheidungen doch letztlich basieren, entstehen immer unter Berücksichtigung eines eventuellen Kompromisses und nicht in der Erwartung, daß eine Denkschrift als Ganzes akzeptiert wird.

Es wäre falsch, allzu pessimistisch zu sein. Niemand hätte am Ende des zweiten Weltkrieges geglaubt, daß die Vereinigten Staaten Verpflichtungen von so weltweitem Ausmaße auf sich nehmen würden. Unsere Fehler sind nur wegen der Größe der Bedrohung, der wir uns gegenübersehen, so gravierend. Außerdem stehen die Leistungen der Vereinigten Staaten trotz ihrer Fehler im Vergleich mit den Leistungen der anderen Nationen der nichtsovietischen Welt noch sehr günstig da. Unsere Schwierigkeiten in der auswärtigen Politik sind somit nur ein Symptom — und keineswegs gerade das augenfälligste — einer in der gesamten freien Welt bestehenden Unsicherheit. Es ist klar, daß Demokratien schon auf Grund der Beschaffenheit ihrer Institutionen nicht in der Lage sind, eine Politik so verschlungen zu führen, ihren Kurs so schnell zu ändern oder ihre Schritte so geheim vorzubereiten, wie das den diktatorisch regierten Ländern möglich ist. Aber die Krise in der nichtsovietischen Welt liegt tiefer. Das tragische Element in jeder auswärtigen Politik ist die Unmöglichkeit, der Mutmaßung zu entgehen. Nach der „objektiven“ Tatsachenanalyse

bleibt immer ein Rest von Unsicherheit zurück hinsichtlich der Bedeutung der Ereignisse oder der Möglichkeiten, die sie bieten. Ein Staatsmann hat natürlich oft die Möglichkeit, seiner Ratlosigkeit dadurch zu entfliehen, daß er die Augen verschließt. Er hat immer die Freiheit, den ganzen Umfang dessen, wozu die andere Seite fähig ist, zu ignorieren, indem er annimmt, sie habe friedliche Absichten. Viele der Schwierigkeiten der nichtsovietischen Welt sind nichts anderes als die Folge des Versuches gewesen, das Element der Unsicherheit als Entschuldigung für Tatenlosigkeit zu gebrauchen. Aber Gewißheit in der auswärtigen Politik gewinnt man ebenso durch die logische Genauigkeit spekulativer Überlegungen wie durch die Tatsachenwirklichkeit; sie entsteht dadurch, daß man den Ereignissen mit fester Zielsetzung begegnet.

Das soll nicht etwa bedeuten, daß wir den sowjetischen Dogmatismus nachahmen sollen. Eine Gesellschaft kann ihren Fortbestand nur sichern durch den Geist, der sie groß gemacht hat. Aber wir sollten unseren Empirismus mit einem Gefühl für Dringlichkeit durchsäuern. Und wenn uns auch unsere Geschichte nur ungenügend für den Umgang mit dem Tragischen vorbereitet haben mag, so kann sie uns doch zumindest lehren, daß große Taten nicht einem Streben nach Sicherheit entspringen. Auch dann noch wird unsere Aufgabe psychologisch immer komplexer sein und bleiben als diejenige der Sowjets. Als stärkste und vielleicht vitalste Macht der freien Welt müssen wir die Herausforderung annehmen und beweisen, daß die Demokratie in der Lage ist, ohne die Hilfe des Fanatismus moralische Sicherheit zum Handeln zu gewinnen und Risiken ohne Erfolgsgarantie einzugehen.

RUDOLF NEUMANN

„Oder Neiße“ - Eine Dokumentation

Kritischer Bericht über eine sowjetzonale Propagandaschrift

Die theoretische Zeitschrift der SED („Einheit“) hat in ihrem April-Heft 1956 auf eine (Ost-)Berliner Veröffentlichung hingewiesen und dabei erklärt: „Es ist eine sehr wertvolle Arbeit, in der erstmalig mit lückenlosen und schlagkräftigen dokumentarischen Beweisen das Problem der Oder-Neiße-Friedensgrenze und ihrer Entstehung ... untersucht wird.“

Solche großen Worte müssen natürlich bei jedem Leser erhebliches Interesse hervorrufen. Man fragt: Was ist das für eine Veröffentlichung, der so uneingeschränktes Lob zuteil wird?

Es ist eine von dem „Institut für Zeitgeschichte“ in (Ost-)Berlin in ihrer Reihe „Quellen und Studien“ veröffentlichte Arbeit „ODER-NEISSE“, die ausdrücklich als „Dokumentation“ bezeichnet wird. (Kongreß-Verlag, 1955, 199 S., ill.)

Vorweg muß bemerkt werden: Solange man unter Dokumentation eine Sammlung genau — mit oder ohne Kommentar — dargebotener Quellenangaben versteht, wie z. B. die mustergültige Veröffentlichung „Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie in den diplomatischen Verhandlungen während des zweiten Weltkrieges“ von G. Rhode und W. Wagner¹⁾, handelt es sich im vorliegenden Falle nicht um eine Veröffentlichung, die eine solche Bezeichnung auch nur mit dem mindesten Recht beanspruchen könnte.

Wie auch nur flüchtige Durchsicht zeigt, ist diese Veröffentlichung nur eine weitere Werbe- oder „Aufklärungsschrift“ für die deutsch-polnische Freundschaft, die überdies nach Form und Inhalt mindestens als reichlich oberflächlich bezeichnet werden muß²⁾. Wenn sie trotzdem hier ausführlichere Erwähnung erfährt, so lediglich als Muster solcher sowjetzonaler Propagandaschriften.

Daß ein solches Urteil über diese Veröffentlichung wohl nicht übertrieben ist, zeigt vielleicht die Tatsache, daß selbst die polnische Seite als Nutznießer dieser Propaganda die Veröffentlichung zwar begrüßt, mit der Kritik aber nicht zurückhält. U. a. schreibt der polnische Völkerrechtler B. Wiewióra, der sich mit der Frage der Oder-Neiße-Linie eingehend befaßt hat (z. B. „Die Oder-Neiße-Grenze als Stabilisierungselement für Frieden und Sicherheit in Europa“ in: „Przegl. Zachodni“ 1955, Nr. 3, S. 1—40) über dieses „Dokument deutsch-polnischer Freundschaft“:

„Die gesamte Veröffentlichung ist belastet mit Schlagworten, die die Kraft der Argumente manchmal eher schwächen als stärken. Zur Verteidigung der Grenze an der Oder und Neiße verfügen wir über einen ausreichenden Bestand an sachlichen Argumenten, und es ist nicht gut, ihre Überzeugungskraft durch Schlagworte zu vermindern ...“ (Przegl. Zachodni, 1956, Nr. 5/6, S. 133.)

1) Erschienen als Bd. 3 des Handbuches „Die deutschen Ostgebiete“ (Im Auftrage des J. G. Herder-Forschungsrats hrsg. von Prof. H. Schlenger) Stuttgart 1956.

2) Sie wiederholt nur den Inhalt der Broschüre „Die deutsch-polnische Freundschaft und die Oder-Neiße-Friedensgrenze“, die 1954 in (Ost-)Berlin bei der Ausstellung „Zehn Jahre Volksrepublik Polen“ als „Aufklärungsschrift“ verteilt wurde.

Als verantwortliche Verfasser der Arbeit zeichnen zwei nicht näher bekannte Mitarbeiter des „Instituts für Zeitgeschichte“, Rudi Goguel und Heinz Pohl. Aller Wahrscheinlichkeit nach fällt ihnen aber schwerlich das Hauptverdienst für diese Veröffentlichung zu. Nach dem „Vorwort des Instituts“ können dieses vielmehr zwei andere Persönlichkeiten beanspruchen, die bereits durch zahlreiche Veröffentlichungen über deutsch-polnische Fragen zur Genüge bekannt geworden sind: Dr. F. H. Gentzen und K. Wloch.

Zur Kennzeichnung von Herrn Dozent Dr. F. H. Gentzen (Univ. Jena), der in der Zusammenarbeit der Historiker der SBZ und der Polnischen Volksrepublik die führende Rolle spielt — er ist Mitglied der zu Anfang des Jahres 1956 entstandenen „Polnisch-deutschen Histor. Kommission“ — und seine Hauptaufgabe darin sieht, „Polens Rechte auf seine Westgebiete historisch zu begründen“, genügt ein Blick in seine Arbeiten, die u. a. die Titel tragen:

„Die westpolnischen Gebiete als historische Gebiete Polens“ (in der theoret. Zeitschrift der SED, „Einheit“, 1952, Heft 4/5, S. 367 bis 379) oder

„Ewige Freundschaft an Oder und Neiße“ = Kurze Geschichte der westpolnischen Gebiete und der deutsch-polnischen Beziehungen bis zur Gegenwart“ („Neue Gesellschaft“, [Ost-]Berlin 1952, Heft 7, S. 488—495).

K. Wloch war Geschäftsführer der „Deutsch-Polnischen Gesellschaft für Frieden und gute Nachbarschaft“, die im Frühjahr 1953 nach mehrjährigem Bestehen sang- und klanglos aufgelöst worden ist. Ihre Arbeit hatte anscheinend trotz des Einsatzes sehr erheblicher Mittel die erwünschten Erfolge nicht erzielt. Seither arbeitet Herr W. in der Abteilung für Literatur und Kunst bei der Sowjetzonen-Regierung.

Die Veröffentlichung soll (nach dem Vorwort von K. Wloch) „klar-machen, wie es zur Oder-Neiße-Grenze kam und weshalb sie für das deutsche und für das polnische Volk die unveränderliche Friedensgrenze sein muß“. Nach dem Vorwort des Instituts für Zeitgeschichte hat die Arbeit die Aufgabe, „die mit dieser Frage verknüpften politischen, völkerrechtlichen, historischen und ökonomischen Probleme in ihren Zusammenhängen zu behandeln“ (S. 7).

Diese Zusammenhänge sind nicht gerade klar; die Aufzählung der zu behandelnden Gesichtspunkte wirkt einigermaßen irreführend. Mindestens hat sie nicht dazu geführt, daß dadurch der Gang der Gedankenführung bestimmt wurde. Die Gliederung der Veröffentlichung ist vielmehr folgende:

I. Das Problem	S. 9—11
II. Aus der Geschichte unseres Nachbarvolkes	S. 12—59
III. Teheran — Jalta — Potsdam	S. 60—79
IV. Die Westmächte brechen mit Potsdam	S. 80—94
V. Bonn setzt Hitlers „Ostpolitik“ fort	S. 95—133
VI. Die Politik der DDR — eine Politik der Freundschaft	S. 134—164
VII. Schlußfolgerungen	S. 165—168

Wenn man die beigegebenen — 18 — Bildseiten von dem Text in Abzug bringt, so zeigt sich, daß auf die beiden Kapitel: V. „Bonn setzt Hitlers ‚Ostpolitik‘ fort“ (worin in sattem bekannter Weise die politische Entwicklung der Bundesrepublik dargestellt wird) und VI. „Die Politik der DDR — eine Politik der Freundschaft“ nahezu die Hälfte des zur Verfügung stehenden Raumes entfällt. Ein weiteres Viertel der Darstellung nimmt die Übersicht der polnischen Geschichte ein.

Für das Hauptthema der Veröffentlichung — die Vorgeschichte der Oder-Neiße-Linie und die internationale Diskussion über diese Frage — verbleiben insgesamt 34 Seiten, d. h. weniger als ein Viertel des Raumes, der überhaupt zur Verfügung steht.

Auf so beschränktem Raume kann man natürlich keine „eingehende Forschungsarbeit“ vorlegen und will es auch trotz der kühnen Behauptungen anscheinend garnicht. Man zieht statt dessen vor, die alten Propagandabehauptungen zu wiederholen, untermischt mit billigen und auch von der polnischen Seite beanstandeten Schlagworten bzw. gehässigen Ausfällen gegen alle, die mit der amtlichen Politik der „DDR“ nicht einverstanden sind.

Sehr bezeichnend für die Zielsetzung der Veröffentlichung sind die zahlreichen Bildseiten. Neben Bildern der Ruinen von „Gdansk“ (= Danzig) und „Wroclaw“ (= Breslau) sowie Aufbauarbeiten in diesen u. a. ostdeutschen Städten, untermischt aber auch mit Aufnahmen aus Orten, die vor 1939 zu Polen gehörten, sind es vor allem zahlreiche Karten über „Polens Westgrenze“ zu verschiedenen Zeiten seiner Geschichte.

Gerade diese Karten zeigen deutlich die Tendenz, den Anteil Rußlands an den Teilungen Polens, nicht minder auch die Rolle der Sowjetunion im zweiten Weltkriege zu unterdrücken.

Eine Karte Vorkriegspolens (S. 43) bringt die Curzon-Linie mit dem Vermerk „als polnische Ostgrenze im Friedensvertrage von Versailles festgelegt“; die Gebiete östlich dieser Linie sind stark schraffiert. Die Karte trägt die Bezeichnung: „Die Republik Polen nach dem Friedensvertrage von Versailles 1919 und die Eroberungen im Osten bis 1922.“

Eine Karte „Polen während der faschistischen Okkupation 1939 bis 1945“ (S. 50) enthält die Karten der Reichsgaue und des Generalgouvernement, erwähnt aber mit keinem Wort, daß von 1939–1941 ganz Ostpolen bis zum Bug, zeitweilig sogar bis zur Weichsel, von

der Sowjetunion besetzt war. Hierfür erscheint auf der Karte lediglich eine nichtssagende „Demarkationslinie“.

Eine Panne traf die Herausgeber bei der Fotokopie eines Presseberichts über die Rede, die der Genosse Thälmann im Juli 1932 in Hindenburg gehalten hat (S. 45).

Der Leser erfährt dort nämlich, daß Genosse Thälmann u. a. von einem „polnischen Handstreich gegen Danzig“ geredet und die „Gleichberechtigung beider Sprachen“ in Oberschlesien gefordert hat, während er weiß, daß unter der Herrschaft der polnischen Genossen im heutigen Oberschlesien die deutsche Sprache verboten und rücksichtslos beseitigt wird.

Jedenfalls erscheinen die Bildbeigaben wenig geeignet, den heutigen Besitzstand Polen in den ostdeutschen Gebieten zu rechtfertigen. Es sind Bilder, die ganz allgemein für das heutige „Volkspolen“ werben sollen. Ob sie dem angesprochenen Leser als „Dokumentation“ der Oder-Neiße-Grenze hinreichend erscheinen, muß selbst für die Bevölkerung der „Deutschen Demokratischen Republik“ bezweifelt werden.

*

Der Abschnitt I „Das Problem“ (S. 9–11) beginnt mit der irreführenden Behauptung, daß in Potsdam lediglich Stalin die Zerschlagung Deutschlands verhindert habe. Es folgt die ebenso unzutreffende Erklärung, daß das Potsdamer Abkommen von den Westmächten „gebrochen“ worden sei und nach der von ihnen vorgenommenen Spaltung Deutschlands die Bundesrepublik zur „Aufmarschbasis für den geplanten dritten Weltkrieg“ ausgestaltet würde. Im Rahmen der „psychologischen Kriegführung“ würde den Deutschen der Gedanke der „Rückeroberung der abgetretenen Ostgebiete“ eingehämmert; bedauerlicherweise fielen vor allem die „Umsiedler“ (= die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten) dieser Revanchepropaganda zum Opfer. „Eine ganze Literaturgattung schoß aus dem Boden, deren einzige Aufgabe es ist, in den Umsiedlern Haß gegen das polnische Volkstum zu erzeugen“ (S. 10).

Diese Vereinfachung bzw. Verschiebung des Problems auf eine so völlig andere Ebene ist an anderer Stelle bereits zur Genüge widerlegt worden, so daß hier von einer Wiederholung Abstand genommen werden kann.

Im Gegensatz zur Entwicklung in der Bundesrepublik stünde die Haltung der deutschen Arbeiterbewegung, welche durch die Regierung der „DDR“ gegenüber Polen die „Hypothek des historischen Unrechts“ beseitigen wolle (S. 11).

„Hypothek des historischen Unrechts“

Der Klarstellung des Begriffs „Hypothek des historischen Unrechts“ soll der Abschnitt II: „Aus der Geschichte unseres Nachbarvolkes“ (S. 12–59) dienen. Für diesen Abschnitt ist nach einer Fußnote der bereits gekennzeichnete Dozent Dr. F. H. Gentzen verantwortlich; besonders verwiesen wird dafür auch auf die „freundliche Zusammenarbeit von polnischen und deutschen Gelehrten“.

Um mit den Worten dieser Veröffentlichung zu reden, wird in diesem Abschnitt der „Sprache der Uralstürmer, die (in der Bundesrepublik) die Jugend im wiedereingeführten Ostkunde-Unterricht vergiften wollen“ (S. 12) das Ergebnis „neuer Geschichtsforschung auf wissenschaftlicher (!) Grundlage“ entgegengestellt. Das geschieht nun auf folgende Weise:

Vier ganze Seiten behandeln Polens Geschichte vom frühesten Mittelalter bis zu den Teilungen Polens zu Ende des 18. Jahrhunderts. So gering dieser Raum auch erscheint, so erweist er sich doch als ausreichend, um eine Fülle von Schiefheiten oder gar Unrichtigkeiten vorzubringen.

Danach hat u. a. das polnische Volk bereits im 8. Jahrhundert begonnen, sich seinen Staat zu bauen. „Dieser Staat, einer der mächtigsten in Europa, umfaßte um das Jahr 1000 etwa die Gebiete, die heute

zur Volksrepublik Polen gehören. Seine westliche Grenze lief entlang der Oder und Görlitzer Neiße und ging teilweise darüber hinaus“ (S. 13).

Beweise für solche Behauptungen werden garnicht versucht; auch die „befreundete“ polnische Geschichtswissenschaft hätte sie schwerlich erbringen können. Statt dessen werden die altbekannten Thesen vom slawischen Charakter der „Lausitzer Kultur“ wiederholt. Funde aus den ostdeutschen Gebieten (aus dem 6. bis 4. Jahrhundert v. Chr. sowie aus späterer Zeit) sollen „beweisen, daß die Träger dieser alten Kultur präslawische Menschen — also die Vorfahren des polnischen Volkes gewesen sind“ (S. 13). Diese Bemerkung kann doch nur den Zweck verfolgen, dem Leser einen urpolnischen Charakter dieser Gebiete zu suggerieren. Anschließend heißt es aber: „Natürlich (!) denken wir garnicht daran, den berechtigten Anspruch einzelner Völker auf die Unantastbarkeit ihres Territoriums damit zu begründen, daß es vor Jahrhunderten von ihren Vorfahren bewohnt wurde.“

Demgegenüber kann man also nur die Frage wiederholen: welchem Zweck dient diese Erwähnung?

Weitere Ausführungen wenden sich gegen die Rolle deutscher Menschen für die polnische Kultur- und Wirtschaftsentwicklung, insbeson-

dere gegen ihre Rolle bei der Entstehung der Städte Polens, gegen „die alberne und anmaßende Behauptung, erst die Deutschen hätten das Handwerk nach Polen gebracht“ (S. 14).

Die Bedeutung der Deutschen ist wiederholt von polnischen Historikern bestätigt worden. Die Widerlegung dieser Ausführung erübrigt sich also; um so mehr als es darin z. B. bei Erwähnung von Ausgrabungen in Oppeln aus dem 10. Jahrhundert heißt: „Aufgefundene Briefe (!) lassen Handelsverbindungen erkennen, die bis nach Kiew und Prag ... reichten“ (S. 14).

Nachdem zur Kennzeichnung der deutschen Siedlung in Pommern und Schlesien als dokumentarische Zeugen noch Marx und Engels sowie ihr neuzeitlicher Gefolgsmann P. Wandel („Wie es zur Oder-Neiße-Linie kam“, Berlin 1955) zitiert worden sind, springt nach Erwähnung „deutsch-polnischer Gemeinsamkeit“ in den Klassenkämpfen des Mittelalters die Darstellung ziemlich unvermittelt zum Ende des 18. Jahrhunderts.

Der Unterabschnitt „Dreifache Fremdherrschaft“ ist ganz darauf abgestellt, Rußlands Rolle völlig zurücktreten zu lassen. Lediglich an einer Stelle (S. 25), bei Erwähnung des polnischen Aufstandes von 1863 und somit schlecht vermeidbar, ist die Rede von „zaristischer Willkürherrschaft“. Im Mittelpunkt der Anklage steht Preußen-Deutschland. Wie — erfahren wir sofort im ersten Satze dieses Abschnitts:

„Friedrich II. von Preußen ... hat sich den traurigen Ruhm erworben, die Vernichtung des polnischen Staates vorbereitet zu haben. Nachdem er am Ende des Siebenjährigen Krieges Schlesien an sich gerissen hatte, überfiel er mitten im Frieden des Jahres 1770 Polen und besetzte kurzerhand Pommerellen und einen Teil Großpolens“ (S. 17). Kronzeuge für diese Behauptungen ist F. H. Gentzen, der — neben Karl Marx — sehr ausgiebig zitiert wird.

Die Darstellung berührt weiter, für den knappen Raum verhältnismäßig breit, die deutsche Polenschwärmerei der dreißiger Jahre sowie Äußerungen von Karl Marx über Polen aus den Jahren 1848 und 1866. Es folgen lange Ausführungen über Bismarcks Polenpolitik; besonders dick aufgetragen sind Angaben über die preußische Ansiedlungspolitik und den Wreschener Schulstreik. Nicht vergessen wird die „Klassensolidarität der deutschen und polnischen Arbeiter“.

Die Ausführungen über das Schicksal Polens im ersten Weltkriege erscheinen dagegen geradezu dürftig. Bezeichnend ist, daß die Proklamation des Königreichs Polen durch die Mittelmächte am 5. November 1916 (den Verfassern nach der beigefügten „Zeittafel“ durchaus bekannt) im Text mit keinem Wort erwähnt wird, statt dessen aber (natürlich) die Rolle der russischen Oktober-Revolution von 1917, die Deklaration der „Volkskommissare“ u. ä. hervorgehoben werden.

Der Unterabschnitt „Republik auf falschen Wegen“ (S. 33—44) hat ähnlichen Zuschnitt. So kurz die Ausführungen über den Frieden von Brest-Litowsk, über Wilsons 14 Punkte oder den Versailler Vertrag sind, so genügen sie doch, um eine Reihe von Unrichtigkeiten vorzuführen. Es heißt z. B. wahrheitswidrig: „Danzig erhielt den Status einer Freien Stadt mit autonomen Rechten im polnischen Staatsverband“ (S. 36) und mindestens recht vereinfachend, daß „auf der Pariser Friedenskonferenz auch die Ostgrenzen Polens festgelegt worden sind“ (S. 36).

Eine solche Darstellung der Entstehung der Curzon-Linie erfolgt sicherlich nicht von ungefähr. Dagegen vergleiche man die ausführliche Darstellung von G. Rhode „Die Entstehung der Curzon-Linie“ Osteuropa 1955, Heft 2, S. 81—92).

Die weiteren Ausführungen sollen zeigen, wie die Republik Polen nach 1920, durch den „Korridor“ und die deutsche Minderheit bedroht, von den kapitalistischen Westmächten „in ökonomischer und politischer Abhängigkeit“ gehalten wurde. Zu diesem Zwecke folgen ausführlichere Angaben (S. 37—40) über ausländische Kapitalbeteiligungen u. a. in Polen vor 1939.

Hierzu kann man lediglich fragen, was dergleichen Ausführungen noch mit der Frage der Oder-Neiße-Grenze zu tun haben oder wie

sie diese Grenzziehung „dokumentieren“, d. h. doch wohl rechtfertigen sollen.

Der polnisch-sowjetische Krieg von 1920 wird kurz mit den Worten abgetan: „Die Schädlingstätigkeit Trotzki und seiner Anhänger im Generalstabe vereitelten den Sieg der Roten Truppen, denen auf diese Weise ein durch gar nichts begründeter Rückzug aufgezwungen wurde“ (S. 41). Erwähnt wird dann aber „jener Vertrag, der den Untergang des polnischen Staates besiegeln sollte“ (S. 41), das deutsch-polnische Abkommen vom Januar 1934. Hier findet man sogar den Raum, um die deutsch-polnische Erklärung vom 26. Januar 1934 in vollem Wortlaut wiederzugeben.

Es bleibt nur zu fragen, warum wohl später der deutsch-sowjetische Vertrag vom 23. August 1939, der in Wahrheit für Polens Schicksal entscheidend wurde, überhaupt keine Erwähnung findet. Raumgründe waren es sicherlich nicht, die eine Erwähnung dieser für die Bundesgenossen des SED peinlichen Angelegenheit verboten haben.

Platz findet man nämlich, um Thälmanns Kampf gegen den Locarno-Pakt 1925 sehr ausführlich darzustellen, auch für den Überfall auf den Gleiwitzer Sender vor Kriegsausbruch 1939 (hier bringt man sogar lange Zeugenaussagen aus den Nürnberger Prozessen).

In aller Ausführlichkeit schildert der Unterabschnitt „Unter der Knute der faschistischen Okkupanten“ (S. 44—59) die Verhältnisse in Polen während des Krieges und unter der deutschen Besatzung, wofür NSDAP-Denkschriften und Veröffentlichungen des Posener West-Instituts („Documenta Occupationis“) als Materialquellen dienen. Hinweise auf Auschwitz (mit Bildern) schließen mit einer Übersicht der polnischen Menschenverluste im Kriege.

Jede Erwähnung sowjetischer Besatzungsmaßnahmen 1939—1941 ist natürlich unterblieben, was nur dem Stillschweigen über die Moskauer August-Verträge u. a. entspricht.

Man fragt sich wiederholt, wie weit diese sehr allgemeinen und sehr einseitigen Ausführungen zur polnischen Geschichte noch mit der Frage der Oder-Neiße-Grenze in Verbindung stehen. Auch die polnische Kritik hat diesen Mangel empfunden und sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Es erscheint nicht abwegig, darauf hinzuweisen, daß Professor K. Popiolek, der Leiter des polnischen „Instituts für schlesische Geschichte“ in Breslau, bei pflichtschuldiger Anerkennung für die Veröffentlichung, doch den Wunsch äußert, „man hätte die Beispiele und Beweise des Polentums dieser Gebiete — des bis zuletzt lebendigen Polentums in scheinbar schon germanisierten Gebieten — vermehrt“. Reiseberichte, Statistiken u. ä. hätten angeführt werden sollen, um den polnischen Charakter der Gebiete östlich der Oder und Neiße überzeugend darzustellen.

Wenn das unterblieben ist und auch ein anderer Wunsch des polnischen Professors unerfüllt blieb, nämlich „zahlreiche Beispiele für die Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Volksmassen“ zu geben, so scheint uns der Grund solcher Unterlassung vielleicht der zu sein, daß es den Verfassern dieser Darstellung nicht gerade sehr wirkungsvoll erschien, der Bevölkerung der SBZ, die sich der Vorkriegsverhältnisse noch genau erinnert, auch noch diese dürftigen Ergebnisse neuester polnischer Forschungen, vielleicht gar in der Bearbeitung von Dr. F. H. Gentzen, darzubieten.

Teheran — Jalta — Potsdam

Von dem folgenden Abschnitt III: „Teheran — Jalta — Potsdam“ (S. 60—79) hätte man erwarten können, daß er, entsprechend dem Vorhaben der Verfasser, das Hauptstück der Veröffentlichung hätte sein müssen, eventuell ein Gegenstück zu der umfangreichen Veröffentlichung von G. Rhode und W. Wagner („Quellen zur Entstehung der Oder-Neiße-Linie“), die ein so überzeugendes Bild von der diplomatischen Vorgeschichte geliefert hat. Wie schon betont wurde, ist das nicht der Fall. Gerade hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wie unberechtigt der Untertitel dieser Veröffentlichung „Dokumentation“ ist. Dokumente werden in ihr, wie auch die polnische Kritik (Popiolek) erwähnte, bis auf wenige Ausnahmen nicht geboten.

Vor allem entfällt ein sehr erheblicher Teil der Ausführungen dieses Abschnittes auf die verfehlten Versuche, die Rolle der Sowjetunion während des zweiten Weltkrieges, insbesondere die vor Ausbruch und noch während des Krieges mit Hitler getroffenen Vereinbarungen über Polen zu beschönigen oder wenigstens zu bagatellisieren.

Das geschieht zunächst dadurch, daß auch hier die Moskauer Vereinbarungen vom August 1939 überhaupt nicht erwähnt werden, ebenso wenig die weiteren Vereinbarungen über die Abgrenzung der Interessensphären. Die nicht zu leugnende Tatsache des sowjetischen Einmarsches in Polen im September 1939, wird dem Leser unter der harmlos klingenden Formel geboten:

„Als die deutschen Armeen im Norden bis zur sowjetischen Grenze vorgestoßen waren, sah sich die Sowjetregierung zu Gegenmaßnahmen gezwungen und so besetzten Einheiten der Roten Armee das westbelorussische und westukrainische Gebiet Polens bis etwa zur Curzon-Linie. Dadurch nahm die Sowjetunion das im Zwangsfrieden von Riga (18. März 1921) abgetretene russische Gebiet, in dem elf Millionen Belorussen, Ukrainer und Juden wohnten, wieder in Besitz. Außerdem stoppte sie den deutschen Vormarsch und bewahrte so die dortige Bevölkerung vor dem Schicksal der Polen im späteren Generalgouvernement“ (S. 60).

Hervorgehoben wird die „völlige Haltlosigkeit der Behauptungen . . . Stalin habe mit Hitler eine ‚vierte Teilung Polens‘ vorbereitet“ (S. 60). Die Erklärung von Lord Halifax vom 26. Oktober 1939 (ungenau wiedergegeben, vgl. Rhode-Wagner, S. 10) soll die „glatte Verdrehung der Tatsachen“ beweisen und vor allem schon hier die These entkräften, „Polen müsse an seiner Westgrenze für die ‚verlorenen Gebiete‘ im Osten entschädigt werden.

Hiergegen wird mit Entschiedenheit — so klar wie an wenigen Stellen dieser Veröffentlichung erklärt:

„Die Sowjetunion hat den Friedensvertrag von Riga stets als Diktat betrachtet und daher diese englische Behauptung als falsch zurückgewiesen. Sie sah in der Übergabe der deutschen Ostgebiete an Polen keine Kompensation, sondern die materielle Wiedergutmachung und eine Garantie für die künftige Sicherheit des polnischen Staates sowie die Befriedigung historischer Ansprüche“ (S. 62).

Man beachte die Reihenfolge dieser Begründung, bei der die „historischen Ansprüche“ bzw. Rechte Polens erst an letzter Stelle stehen.

Es erscheint nicht abwegig, darauf hinzuweisen, daß sich diese Reihenfolge durchaus mit derjenigen deckt, die neuerdings auch in der Argumentation der polnischen Emigration Anwendung findet.

Der ehemalige Wojewode Oberschlesiens, Dr. M. Grazynski (jetzt in London) erklärte z. B.:

„Wir lehnen den Grundsatz territorialer Kompensation ab und führen den Begriff der Entschädigung für den unrechtmäßigen Überfall und das verübte Unrecht ein.

Wir stellen die Frage der Sicherheit vor der Aggression heraus, selbstverständlich im Sinne der Grenzverbesserung und der Erhöhung des Wirtschaftspotentials Polens.

Wir unterstreichen die Schwächung der deutschen Möglichkeiten zum Wiederaufbau des vollen wirtschaftlichen und militärischen Potentials, das den Weltfrieden bedroht.

Wir weisen auf die Ansiedlung einer polnischen Millionenbevölkerung hin und auf die Unmöglichkeit, diese einer erneuten Wanderung auszusetzen.

Darüber hinaus lassen sich die polnischen Argumente durch historische Beweise ergänzen . . .“ (Przegl. Zachodni, London, März 1955.)

Weitere Ausführungen (S. 62–63) betreffen den Fall Katyn, für den die sowjetische Darstellung geboten wird, wobei wahrheitswidrig bemerkt wird: „In der gleichen Weise wurde der Fall Katyn auch später während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse eindeutig geklärt.“ (S. 63.)

Bei den Mitteilungen über Teheran wird den Vorschlägen Churchills an die polnische Exilregierung (Rhode-Wagner, S. 78) die Erklärung der Sowjetunion vom 10. Januar 1944 (ebenda, S. 75) entgegengestellt, um zu zeigen, daß „die Grundlagen der polnischen Grenze in Teheran geschaffen wurden“. Der Versuch Churchills, die britische Kompensationsthese offiziell vorzutragen, sei sofort von der Sowjetunion abgelehnt worden. „Es war also falsch, wenn Churchill von den ‚verlorenen Ostgebieten‘ Polens sprach und damit die Gebiete meinte, die Polen dem jungen Sowjetstaat geraubt hatte“ (S. 67).

Niemand anders als der spätere Staatspräsident Bierut hat am 24. August 1945 in einer Pressekonferenz auf diesen Zusammenhang hingewiesen. (Rhode-Wagner, S. 281.)

Die beste Methode zur Behandlung dieser unbequemen These scheint den Verfassern zu sein, sie möglichst zu umgehen bzw. zu verschweigen. Eine Prüfung der dargebotenen „Dokumente“ zeigt wiederholt, daß aus ihnen Erwägungen des Kompensationscharakters der Oder-Neiße-Linie sämtlich gestrichen worden sind.

Der Unterabschnitt „Der Freiheitskampf beginnt“ (S. 67–71) bietet einen langen Auszug aus dem „Lubliner Manifest“ vom 22. Juli 1944 (S. 68–69), erwähnt kurz — wiederum die Sowjetunion entschuldigend — den Warschauer Aufstand, dessen Zusammenbruch darauf zurückgeführt wird, daß der Führer des Aufstandes, „Bór-Komorowski . . . eine Zusammenarbeit mit der Roten Armee ablehnte“ (S. 70) und schließt mit einem weiteren Auszug aus der Stellungnahme des „Nationalen Befreiungskomitees“ über seine Verhandlungen mit Mikolajczyk (S. 71).

Ein weiterer Unterabschnitt „Sir Alexander Cadogan“ (S. 71 bis 76) bringt nun wirklich einige Dokumente, aber fast sämtlich nur auszugsweise. Sehr oft sind — und zwar meist ohne jede Kennzeichnung! — sehr wichtige Partien ausgelassen.

Zu dem (ohne Kürzung gebotenen) Cadogan-Brief vom 2. November 1944 fehlen die wichtigen Erläuterungen, die Mr. Bevin am 4. Juni 1947 dem Unterhause gegeben hat (Rhode-Wagner, S. 117 f.). In dem Brief Roosevelts an Mikolajczyk vom 17. November 1944 fehlt bezeichnenderweise Roosevelts Hinweis darauf, daß die USA keine Grenzgarantie geben würden (Rhode-Wagner, S. 118). Churchills Erklärung vom 15. Dezember 1944 ist um seine Ausführungen über die polnische Ostgrenze gekürzt. Weiter ist hier die Rede von „Garantie und Hilfe“ (S. 74), während Churchill lediglich „Hilfsversprechen“ in Aussicht stellte (Rhode-Wagner, S. 127).

Von der ausführlichen Erklärung Churchills am 27. Februar 1944 (Rhode-Wagner S. 199–204) bringen die Verfasser nur den Schluß (S. 201 u. 202). Es fehlt jeder Hinweis auf Churchills Mahnung nicht „Polen zu drängen, einen größeren Gebietsanteil zu übernehmen als es . . . besiedeln, entwickeln und . . . behaupten kann“. Die große Unterhaus-Debatte, die sich damals an diese Erklärung Churchills anschloß, mit ihren ernststen Warnungen vor dem Polen zgedachten Danaergeschenk (Rhode-Wagner S. 204–213) ist überhaupt ausgelassen.

Auch Roosevelts Erklärung vom 1. März 1945, welche die Vorläufigkeit und den Kompromißcharakter der Oder-Neiße-Linie betonte (Rhode-Wagner S. 213 u. 214), erscheint hier nur mit dem kurzen Schlußsatz.

Endlich bringt ein letzter Unterabschnitt „Die Beschlüsse von Potsdam“ (S. 76–79) den Wortlaut der Artikel IX b und XIII der Potsdamer Vereinbarungen (S. 76–78). Über den Verlauf der Potsdamer Verhandlungen wird nichts mitgeteilt (Rhode-Wagner S. 231 bis 266); statt dessen wird der Plan des Kontrollrats vom 20. November 1945 über die Verteilung der Vertriebenen auf die vier Besatzungszonen abgedruckt (S. 78). Dieses dürftige Material soll ausreichen, um folgende Schlußfolgerungen zu begründen:

„Es führt eine gerade Linie von Teheran über Jalta nach Potsdam. Keine nachträgliche Spitzfindigkeit kann an der Tatsache vorbeikommen, daß die Beschlüsse der Alliierten über die deutsch-polnische Grenze einmütig gefaßt worden sind . . .“ (S. 79.)

Polnische Kritik

Gegenüber diesem mehr als unzulänglichen Versuch, die Ergebnisse der Potsdamer Konferenz als endgültige und einwandfreie Rechtsgrundlage — insbesondere für die weiteren Vereinbarungen zwischen der Sowjetzonen-Regierung und Polen — hinzustellen, lohnt es sich darauf hinzuweisen, daß von der begünstigten Seite, von polnischen Kritikern, diese „völkerrechtlichen“ Ausführungen als unzulänglich bezeichnet worden sind. Sowohl der Historiker Prof. Popiolek als auch der Völkerrechtler Wiewióra haben unmißverständlich erhebliche Vorbehalte zum Ausdruck gebracht.

Zunächst wird die Art der Wiedergabe bemängelt. Es erspart uns eigene Kritik, wenn wir hier die Forderung von Prof. Popiolek wiederholen:

„daß die Quellen für die zitierten Äußerungen gründlicher hätten ausgewählt werden sollen. Offizielle Dokumente hätte man vor allem auf Grund der verschiedenen vorhandenen amtlichen Sammlungen anführen sollen, aber nicht aus der Presse ...“ (Przegl. Zachodni, a.a.O.)

Der Völkerrechtler B. Wiewióra faßt (bei pflichtschuldiger Anerkennung für die Veröffentlichung) seine Kritik wie folgt zusammen:

„Die Veröffentlichung ... richtet sich an die gesamte deutsche Bevölkerung, was für Art und Auswahl der Argumente entscheidend ist ... Der populäre Charakter der Veröffentlichung hat es unmöglich gemacht, eine subtile, ins einzelne gehende Rechtsanalyse durchzuführen. Es wäre aber nicht richtig ... über verschiedene, Zweifel weckende Ausführungen zur Tagesordnung überzugehen, die bei Untersuchung der völkerrechtlichen Begründung der Oder-Neiße-Grenze sogar bei der populären Fassung dieser Veröffentlichung auffallen.“

Als Grundlage dieser Grenzziehung erscheint die These von dem Recht Polens auf Entschädigung ... Das Recht auf Entschädigung Polens leitet dieses Buch aus der Tatsache des Überfalls Deutschlands auf Polen ab ... Sie wird begründet mit der Verantwortung des deutschen Volkes, das sich in seiner überwiegenden Mehrheit Hitlers Untaten nicht entgegengestellt hat. Dafür muß es die Folgen des von Hitler begonnenen Krieges auf sich nehmen.

Diese These ist ein interessanter Versuch einer rechtlichen Begründung; er fordert aber Analyse und Vertiefung. Allzuleicht können sich die Verfasser den Vorwurf zuziehen, daß diese These unter dem Einfluß der Theorie von der kriminellen Verantwortlichkeit des Staates formuliert worden ist. Diese Theorie ist aber von der Völkerrechtslehre zurückgewiesen worden. Die Frage der Verantwortung Deutschlands für den Angriff macht eingehendere Untersuchung erforderlich; ebenso fordert auch die These von der Übernahme der Gebiete östlich der Oder und Lausitzer Neiße durch Polen als Entschädigung nähere Ausführung und ernsthaftere Begründung. Es scheint, daß die Begründung dieser These im Lichte des heutigen Völkerrechts erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde.

Die zweite juristische These, die hier vorgeführt wird, ist folgende: Polens Recht auf Entschädigung und Sicherheit wurde von allen verbündeten Großmächten in den Vereinbarungen von Teheran, Jalta und Potsdam anerkannt. Die Grenze an Oder und Lausitzer Neiße wurde nicht nur von der Sowjetunion, sondern auch von den Westmächten gebilligt. Die Potsdamer Vereinbarung ist also vom völkerrechtlichen Gesichtspunkt die einzige bindende Grundlage für die Festlegung der Grenze zwischen Polen und Deutschland.

Neben dem schon erwähnten Recht Polens auf Entschädigung ist auch Polens Recht auf Sicherheit in der Arbeit nicht weiter begründet. Ein übrigens interessantes Dokument, die im ‚Völkischen Beobachter‘ vom 25. September 1939 veröffentlichte Karte (S. 61), wonach die heutigen polnischen Westgebiete die Ausfallsbasis für Hitlers Angriff waren, erscheint als Begründung dieser These nicht ausreichend.

Hier hätte eine breiter angelegte juristisch-politische Begründung gegeben werden sollen, verbunden mit einer Erörterung der Rolle der Großmächte, die für die antifaschistische Koalition handelten. Die be-

deutsamste Lücke in der völkerrechtlichen Argumentation dieser Veröffentlichung ist aber doch gerade das Fehlen einer Begründung der Rolle der Großmächte ..., die für das neue System der internationalen Beziehungen zur Sicherung von Frieden und Sicherheit nach dem Kriege besonders verantwortlich waren. Ohne Schließung dieser Lücke sucht der Leser vergeblich Antwort auf die Frage, auf welcher Grundlage die Großmächte den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze — in einer Vereinbarung, an der weder Deutschland noch Polen beteiligt waren — festgelegt haben.

Endlich ist auf eine gewisse Ungenauigkeit aufmerksam zu machen, die in diese Veröffentlichung hineingekommen ist. Es ist nämlich die Rede davon, daß die Großmächte das Recht Polens auf Entschädigung und Sicherheit in den Vereinbarungen von Teheran, Jalta und Potsdam anerkannt hätten. Wie aus den bisher veröffentlichten Quellen bekannt ist, war die Frage der Grenzen Polens Diskussionsgegenstand bei der Konferenz von Teheran. Sie kam aber in den grundlegenden Dokumenten dieser Konferenz, der sogenannten Deklaration von Teheran, nicht zum Ausdruck. In rechtlicher Hinsicht besteht ein qualitativer Unterschied zwischen den Ergebnissen der Konferenz von Teheran über die Grenzen Polens und den Beschlüssen, die bei den Konferenzen von Jalta und Potsdam erfolgten und in den rechtlich bindenden Texten der Verträge von Jalta und Potsdam zum Ausdruck kamen.

Hier ist eine allgemeine Bemerkung am Platze: die Gleichsetzung politischer und juristischer Elemente ohne Betonung ihrer Verschiedenartigkeit führt häufig zu sehr beachtlichen juristischen Vereinfachungen, was schließlich auch der berechtigten Sache keinen Nutzen bringt ...“ (Przegl. Zach. 1956, Nr. 5/6, S. 131/132.)

Schließlich wird aber mit besonderer Befriedigung festgestellt, daß „bei der Erörterung der Zustimmung der Großmächte zur Oder-Neiße-Grenze zwei interessante, bisher nicht genutzte Dokumente erwähnt worden sind, nämlich die Erklärung des amerikanischen ‚State Department‘ vom 11. Dezember 1945 über die deutschen Reparationen sowie der Plan des Alliierten Kontrollrats vom 8. März 1946 über die Festlegung des Industrieniveaus in Deutschland. Diese Dokumente sind ein weiterer Beweis dafür, daß die gegenwärtige polnisch-deutsche Grenze von den Großmächten per facta concludentia als endgültig anerkannt worden ist ...“

Diese Bestimmungen sind inzwischen längst durch die Entwicklung überholt, und zwar genau in dem Sinne wie Molotow im Februar 1955 vor dem Obersten Sowjet erklärte:

„... es geht nicht um diese oder jene Paragraphen dieser Abkommen (Jalta und Potsdam). So manche von ihnen werden von niemand mehr benötigt, weil sie durch die Ereignisse längst überholt worden sind ...“

*

Ein neuer Abschnitt IV „Die Westmächte brechen mit Potsdam“ (S. 80-94) bringt nach knappen Mitteilungen über die innerpolitische Entwicklung Polens bis zur Flucht Mikolajczyks ins Ausland (1947) einige wenige Erklärungen westlicher Staatsmänner zur Oder/Neiße-Grenze, beginnend mit Churchills mahnenden Worten vom 6. August 1945 über die Revisionsbedürftigkeit der Potsdamer Vereinbarungen. Sehr bezeichnend ist die Einseitigkeit der Auswahl und Wiedergabe solcher Stimmen: während die Erklärungen Churchills u. a. nur in sehr knappen, oft Wesentliches unterschlagenden Auszügen dargeboten werden, wird z. B. die Erklärung Molotows vom 16. September 1946 über den endgültigen Charakter der Potsdamer Grenzvereinbarungen in aller Ausführlichkeit (S. 84-86) abgedruckt.

Die aus Anlaß der rechtswidrigen Vereinbarungen zwischen der Sowjetzonen-Regierung und Polen („Warschauer Deklaration“ vom 6. Juni 1950) erfolgten Erklärungen der Westmächte über den vorläufigen Charakter der Potsdamer Regelung und ihre Hinweise darauf, daß die deutsch-polnische Grenze erst durch einen ordnungsmäßigen

Friedensvertrag festgelegt werden kann, werden zwar kurz (nicht im Wortlaut) erwähnt, aber mit der Bemerkung abgetan:

„Was das Grenzabkommen angeht, so wurde es nicht ‚von der Sowjetunion diktiert‘, wie die New York Times die Welt glauben machen möchte, sondern es entsprach den ureigensten Interessen des ganzen Volkes. In dem durch die Schuld der Westmächte noch nicht zustandegewonnenen Friedensvertrag hätte auch diese Frage im Sinne des Potsdamer Abkommens ihren endgültigen Beschluß gefunden. Aus diesen Gründen beendete die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, auf dem Abkommen von Potsdam fußend, diesen Zustand, der ein freundschaftliches Verhältnis und eine gutnachbarliche Zusammenarbeit mit Volkspolen verhindern sollte. Sie schuf durch die Unterzeichnung der Deklaration von Warschau am 6. Juni 1950 klare Verhältnisse“ (S. 88 u. 89).

Bezeichnend für die Art dieser „Dokumentation“ ist der unmittelbar darauf folgende Hinweis, daß „die Bundesregierung ... das deutsche Saargebiet verschachtete.“ (S. 89).

Wenn der polnische Völkerrechtler B. Wiewióra diese mehr als dürftige Zusammenstellung von nur bruchstückweise wiedergegebenen Erklärungen als gut bezeichnet und feststellt: *„Es ist nur schade, daß die ... interessanten Materialien nicht vom Standpunkt des Völkerrechts beurteilt wurden“*, so scheint es eher, daß die Verfasser von der Gefährlichkeit solchen Tuns überzeugt waren und wohlweislich davon Abstand genommen haben.

Nach ausführlicheren Zeitungsmeldungen über anglo-amerikanische „Geheimabkommen“ mit der polnischen Emigration (S. 89 und 90) folgen Ausführungen über „die wahren Hintergründe der westlichen Haltung“. Ein Zitat aus der Veröffentlichung von P. H. Seraphin „Industriekombinat Oberschlesien“ (S. 92 u. 93) soll beweisen:

„Hier wird von einem Verfechter der Monopolinteressen mit aller Offenheit dargelegt, warum die Imperialisten die Revision der Oder-Neiße-Grenze fordern. Nicht um die Belange der Umsiedler geht es ihnen, die die Folgen der verbredierischen Politik zu tragen hatten, sondern um die Eroberung des ‚großoberschlesischen Raums‘“ (S. 93).

Gegen die Vorläufigkeit der Potsdamer Regelung werden unter der Überschrift „Hauptbelastungszeuge: der Kontrollrat“ (S. 93-94) noch Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen Abschnitt IX b sowie aus Erklärungen des State Department vom 11. Dezember 1945 über die deutsche Friedenswirtschaft abgedruckt, wozu bemerkt wird:

„Das Potsdamer Abkommen ist bis auf den heutigen Tag die einzige völkerrechtlich verbindliche Grundlage für die deutsch-polnischen Be-

ziehungen — und tatsächlich auch die einzig mögliche Grundlage, den nationalen Interessen beider Völker zu dienen und den Frieden der Welt zu erhalten“ (S. 94).

Der nun folgende Abschnitt V „Bonn setzte Hitlers ‚Ostpolitik‘ fort“ (S. 95-133), der umfangmäßig bei weitem den Hauptteil der Veröffentlichung darstellt, hat eindeutig mit „Dokumentation“ im üblichen Sinne dieses Wortes nichts mehr zu tun. Übrigens ist die Überschrift des Abschnittes nicht nur hetzerisch, sondern auch irreführend. Es werden darin die verschiedensten Fragen berührt, u. a. auch die Entwicklung der „westpolnischen“ Gebiete nach 1945, d. h. der ostdeutschen Gebiete unter polnischer Verwaltung.

Zunächst wiederholt ein Unterabschnitt „Die Nazis tauchen wieder auf“ (S. 96-101) die oft gehörten, durch häufige Wiederholung nicht an Wahrheitsgehalt gewinnenden Angaben über führende Persönlichkeiten in Politik, Verwaltung und Wirtschaft der Bundesrepublik. Es erübrigt sich, darauf näher einzugehen.

Besonders ausführlich werden unter der Überschrift „Ökonomische Hintergründe“ (S. 102-109) aus Pressenotizen, oft ohne Nennung der Quelle, Angaben über Kapitalinteressen westdeutscher und ausländischer Gruppen an Industrie und Landwirtschaft Ostdeutschlands geboten. Zwischendurch berührt man auch politische Fragen (Vorschlag des „Kondominiums“) oder bietet ältere Angaben über die hohe Arbeitslosigkeit unter den „Umsiedlern“ (= Flüchtlingen) als „Beweis für die wirtschaftliche Hintansetzung und ... zugleich Teil der außenpolitischen Konzeption der Adenauer-Regierung“. Die wiederholten Erklärungen der Bundesregierung, daß die Frage der deutschen Ostgrenzen nur auf friedliche Weise gelöst werden dürften, werden kurzerhand als „heuchlerisch“ abgetan (S. 105).

Der Unterabschnitt „Die These vom ‚historischen Unrecht‘“ (S. 109-111) bringt einige willkürlich aus dem Zusammenhang gerissene Zitate als Beispiel der „Kriegshetze“, um zu erklären: *„Die Begründungen sind so unterschiedlich wie ihre Verfechter — ohne sich indessen in ihrem Wert zu unterscheiden, denn nicht ein einziges Argument hält einer wissenschaftlichen Untersuchung stand“* (S. 110). Man hat klüglich jeden Versuch einer solchen Auseinandersetzung unterlassen.

Mit Bedauern stellte der polnische Völkerrechtler B. Wiewióra in seiner Kritik (Przeegl. Zachodni) fest: *... wegen der Rolle, welche Polens historische Rechte auf seine Westgebiete in der Begründung der rechtlichen Entscheidungen über die Festlegung der polnisch-deutschen Grenze spielen, hat es doch den Anschein, als seien diese historischen Rechte nicht breit genug dargestellt worden ...“*

Pressestimmen

Wesentlich umfangreicher ist dagegen der nächste Unterabschnitt „Lebensraum und Osthilfeskandal“ (S. 111-118), der Gelegenheit bietet, Pressestimmen über die Not der ostdeutschen Landwirtschaft in den dreißiger Jahren vorzuführen. Besonders schlagkräftig erschien den Verfassern die Feststellung, daß „Ostpreußen trotz aller ‚Raumnot‘ ein dünnbesiedeltes Land blieb, in dem zu keiner Zeit mehr als höchstens 50 Menschen auf einem Quadratkilometer lebten“ (S. 116). Das Beispiel Ostpreußens (dessen Bevölkerungsdichte vor dem Kriege mit 66 Einwohnern je qkm erheblich höher lag) soll nämlich zeigen, daß „der Lebensstandard eines Volkes nicht in erster Linie von der Größe der Agrarfläche eines Landes und erst recht nicht von der Besiedlungsdichte abhängt, sondern vielmehr bestimmt wird von der Höhe der wissenschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit, von der Höhe und Qualität der Industrieproduktion und nicht zuletzt von der Gesellschaftsordnung“ (im Original gesperrt, S. 116).

Den Verfassern scheint es entgangen zu sein, daß dieses Argument zweischneidig ist. Oder vielleicht gerade deswegen benutzen sie es rasch als Anknüpfungspunkt, um mit ausführlichen Pressezeugnissen die Not der schlesischen Arbeiter im Krisenjahr 1931 vorzuführen. Statt der

erwarteten Dokumente zur Oder-Neiße-Linie bieten sie folgende Phrasen:

„Wenn also heute die verjagten deutschen Junker nach Lebensraum schreien, wenn sie uns weismachen wollen, die gegenwärtige Not im Westen unserer Heimat sei die Folge davon, daß das deutsche Volk in einem ‚Pferd‘ leben müsse, dann stellen wir ihnen unser Wissen um die Vergangenheit entgegen und unseren Willen, die erforderlichen Konsequenzen daraus zu ziehen. Das fleißige deutsche Volk hat es satt, sich erneut für einen Zug nach dem Osten mißbrauchen zu lassen, um danach das faule und unfähige Junkerpack mit den Früchten seines Schweißes zu mästen“ (S. 118).

Ganz entsprechend werden in dem nächsten Abschnitt „Die These von der ‚Ostmission‘“ (S. 118-120) Auszüge aus solchen Veröffentlichungen wie „Wiking-Ruf“ oder „Nation Europa“ vorgebracht und als „Dokumente“ ausgewertet.

Die kräftigsten Argumente soll aber der Unterabschnitt „Die polnischen Westgebiete heute“ (S. 120-127) liefern. Darin werden nun besonders wenige Tatsachen angeführt, es seien denn Angaben

wie die folgende: „Es gab bereits im Jahre 1948 nur noch unbedeutende Flächen, die nicht bebaut werden konnten“ (S. 120). Wie wenig die Verfasser es mit der Wahrheit ernst nehmen, zeigt ihre Mitteilung: „Die Faschisten hatten Millionen Polen zwangsweise aus Westpolen ausgesiedelt“ (S. 120) oder die Tatsache, daß hier von ihnen „das Lenin-Kombinat in der neuen sozialistischen Stadt Nowa Huta“ erwähnt, d. h. aus der Umgebung von Krakau in die ostdeutschen Gebiete verlegt wird.

Mangels präziser Angaben für den Wirtschaftsaufbau in den ostdeutschen Gebieten folgen lange Auszüge aus der Propagandazeitschrift „Von Peking bis Tirana“ über das polnische Kulturleben in den ostdeutschen Gebieten, wobei man sich die Mühe spart, den polnischen Bezeichnungen der erwähnten Städte zum besseren Verständnis der Leser die alten deutschen Namen wenigstens in Klammern beizufügen.

Weitere „Dokumente“ sind dann nicht minder ausführliche Berichte über „Die Zweite Jugend der Stadt Gdansk“ (S. 122-124), worin man u. a. von einem bisher unbekanntem „Haupttrathause“ am „Dugie Targ“ erfährt. Nach derselben Quelle folgt ein seitenlanges Zitat „Ein neues Wrocław wächst aus den Trümmern“.

Die beste Kennzeichnung dieser Darlegungen liefert die Ansicht eines den Verfassern gewiß unverdächtigen Zeugen, des polnischen Professors Popiolek:

„... Man muß aber feststellen, daß über dieses Gebiet entschieden zu wenig Angaben geboten werden, daß es vor allem in meist zu allgemeiner, zu wenig konkreter Form geschieht ... Wenn wir die Forderung nach stärkerer, vor allem konkreter Aufzeichnung unserer großen Leistungen in den Westgebieten erheben, müssen wir gleichzeitig auf ge-

wisse Bestrebungen zur Verschönerung der heutigen Wirklichkeit, zum Übersehen bestehender Schwierigkeiten und Mängel hinweisen. Es scheint uns, daß die große Leistung des Wiederaufbaus ... so unzweifelhaft ist, daß man sie nicht durch Verschweigen bestehender Mängel oder begangener Fehler zu vermindern braucht.“ (Przegl. Zachodni, a.a.O.)

Den Abschluß dieses Kapitels bilden einige Pressestimmen, die unter der Überschrift „Stimmen der Vernunft“ (S. 127-133) zeigen sollen, wie sich vor allem im Auslande die Stimmen für eine rechtliche Anerkennung des polnischen Besitzstandes mehren. Besonders hervorgehoben wird eine Äußerung aus „Daily Mail“, daß Großbritannien auf jeden Fall vermeiden solle, „territoriale Regelungen in Bezug auf Ostdeutschland rückgängig zu machen, da sie die gerechte Strafe für Hitlers verbrecherischen Überfall auf Polen“ seien (S. 132).

Nach Ansicht der polnischen Kritiker ist von den Möglichkeiten der Drohung noch zu wenig Gebrauch gemacht worden. Prof. Popiolek schreibt hierzu:

„Wenn man sich darüber klar ist, daß ... viele Einwohner Westdeutschlands der Revisionspropaganda erliegen und von einer Grenzänderung träumen, würde es sich jedoch lohnen, solche Äußerungen (d. h. über die damit verbundene Kriegsgefahr!) vielleicht etwas zahlreicher anzuführen. Bei gleichzeitiger, nur noch stärkerer Darlegung der ständig wachsenden Kraft des Friedenslagers sollte das alle diejenigen ansprechen, die anderen Argumenten unzugänglich sind. Eine Vermehrung solcher Argumente könnte evtl. dadurch erfolgen, daß man vielleicht die allzu zahlreichen Deklarationen Polens oder der DDR unterlassen würde, die für viele Leser weniger überzeugend sein werden ...“

„Politik der Freundschaft“

Die „allzu zahlreichen“ Deklarationen über die deutsch-polnische Freundschaft bilden den Inhalt des nächsten Abschnitts VI „Die Politik der Deutschen Demokratischen Republik — eine Politik der Freundschaft“ (S. 134-164), der von folgender Feststellung ausgeht:

„Aus der geschichtlichen Realität und der moralischen Verpflichtung heraus mußte die Initiative von deutscher Seite kommen. Es genügte nicht, sich mit der Oder-Neiße-Grenze abzufinden, es mußte an jene Solidarität angeknüpft werden, die (im 19. Jahrhundert) die revolutionäre Elite Deutschlands und Polens verband ...“ (S. 135).

Wenn nicht alles täuscht, schimmert hier noch die Abneigung durch, die lange Zeit sogar weite Kreise der SED, von der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone ganz zu schweigen, davon zurückhielt, sich mit der Oder-Neiße-Grenze abzufinden.

Vielleicht kommt sie noch zum Ausdruck in der Erklärung, die Grotewohl in einer Pressekonferenz in Budapest abgab: „Die Westgrenze wurde in Potsdam festgelegt. Wir sind nicht so wahn-sinnig, ihre Abänderung zu verlangen. Abänderung ... bedeutet Krieg und wir wollen keinen Krieg. Wir wollen lieber gute Beziehungen zu Polen.“ (Westdeutsche Rundschau vom 15. Juni 1948.)

Diese Worte lesen wir hier nicht, ebensowenig eine weitere Erklärung, die Grotewohl im Jahre 1954 gegenüber einem englischen Journalisten abgab: „Es ist besser, eine schlechte Grenze und Frieden zu haben als eine gute Grenze und Krieg.“ („Daily Mail“ vom 7. September 1954.)

Merkwürdigerweise — und gerade von der polnischen Kritik (Wie-wióra) bemängelt — fehlt der Wortlaut des Görlitzer Abkommens, während aus den Wirtschafts- und Kulturabkommen zwischen der SBZ-Regierung und Polen lange Auszüge abgedruckt werden. Diese sollen zeigen:

„Die Deutsche Demokratische Republik ist den Weg gegangen, den das Potsdamer Abkommen dem ganzen deutschen Volke weist. Es liegt nun an unseren westdeutschen Brüdern und Schwestern, dafür zu sorgen,

daß ganz Deutschland die Achtung und das Vertrauen seiner Nachbarn erringt.“ (S. 164).

Ein letzter Abschnitt VII „Schlußfolgerungen“ (S. 165-168) faßt als Ergebnis dieser unvollkommenen Zusammenstellung und mehr als brüchigen Argumentation — man kann wohl sagen, wider besseres Wissen — zusammen: „Die Oder/Neiße-Grenze wurde nicht nur von der Sowjet-Union, sondern auch von den Westmächten gebilligt. Das Potsdamer Abkommen ist daher die einzige völkerrechtlich verbindliche Grundlage für die Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Polen“ (S. 166). Alle Einwände dagegen seien wert- und zwecklos. Die DDR habe „die einzig mögliche Konsequenz aus der Vergangenheit“ gezogen; sie habe „bewiesen, daß ... die Ansiedlung der Umsiedler auf enteignetem Junkerland besser ist als ihre Vertröstung auf die angeblichen Früchte eines Revanchekrieges ...“ (S. 167).

Es dürfte sich erübrigen, auf die beigelegte „Zeittafel“ (S. 169-184), die auch von der polnischen Kritik erheblich bemängelt worden ist, näher einzugehen.

Über die Veröffentlichung als Ganzes ist das Wesentliche bei Erörterung ihrer einzelnen Abschnitte gesagt worden. Die hier gebotenen Auszüge dürften jedenfalls gezeigt haben:

Trotz des anspruchsvollen Titels erhebt sich die Veröffentlichung mit ihren willkürlich ausgewählten und höchst bruchstückweise dargebotenen „Dokumenten“ nicht über das Niveau einer billigen Propagandaaarbeit, die — was besonders unterstrichen werden muß — nicht einmal den Beifall der begünstigten, der polnischen Seite erfahren hat.

Anmerkung

Henry A. Kissinger, Direktor der Studiengruppe für „Atomwaffen und Außenpolitik“ des einflußreichen Council on Foreign Relations. In Europa ist er als Leiter des internationalen Seminars der Harvard Universität und Herausgeber der Zeitschrift „Confluence“ bekannt. Gegenwärtig ist er auch Studiendirektor in der Rockefeller-Stiftung.

Rudolf Neumann, Diplom-Volkswirt, Mitarbeiter des Johann Gottfried Herder-Instituts, Marburg/Lahn.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN :

Fritz Behrend: „Die politische Schulfeyer
als mitmenschliche Ausdrucksform“

André Julien: „Marokko, das Ende einer Epoche“

Susanne Leonhard: „Die Stalin-Legende“

. . . „Urkunden zur Judenpolitik des
Dritten Reiches“

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST · BONN/RHEIN · KÖNIGSTRASSE 85